

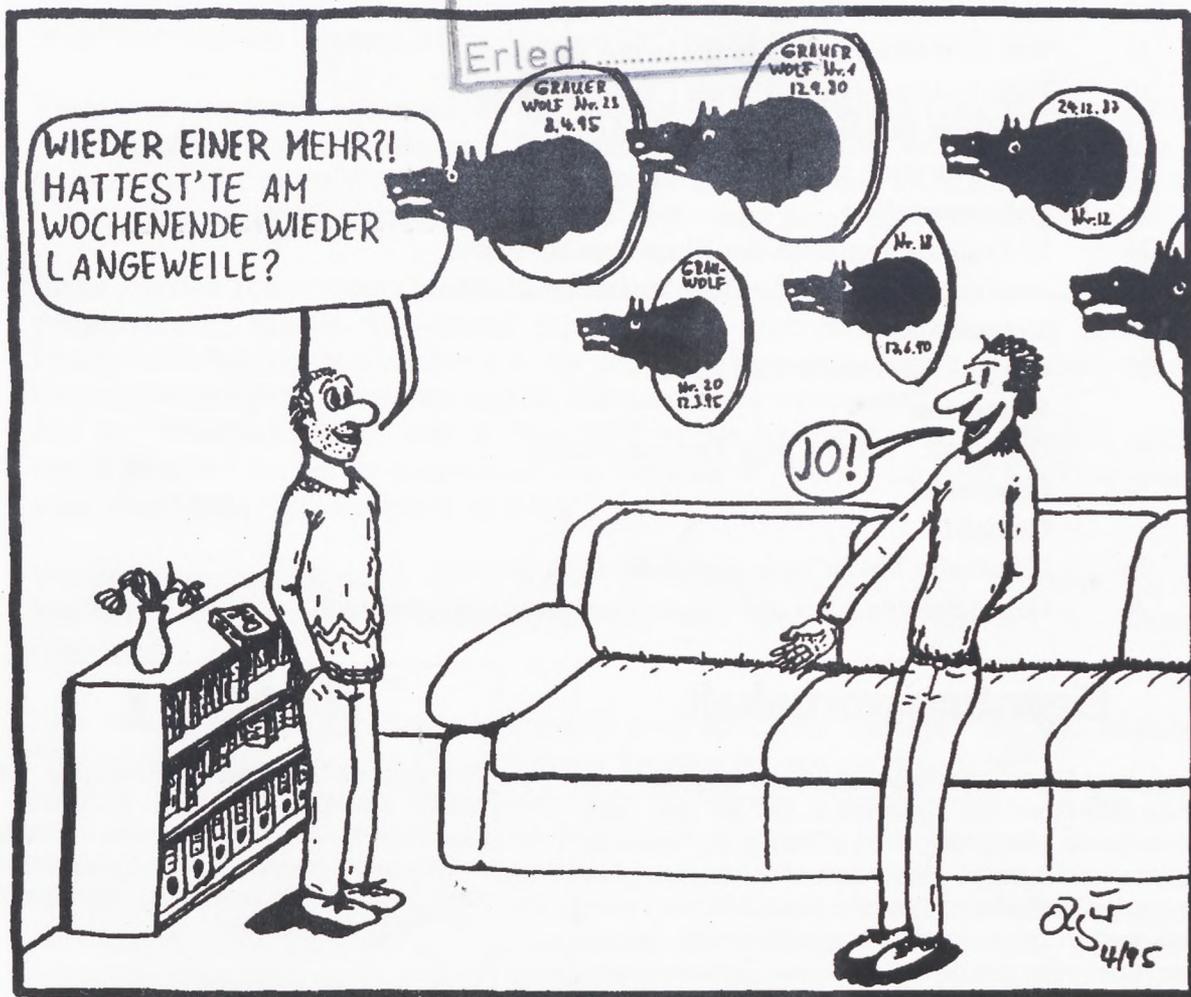
Antifaz

Antifaschistische Zeitung

54

Juli/August'95
10. Jahrgang
DM 3,00

EINGEGANGEN
20. JULI 1995



Diese "Grauen Wölfe" beißen nicht mehr...

Faschismus in Österreich

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Inhalt

- 3 **Editorial**
- Berichte**
- 4 Türkische Faschisten in Deutschland im Aufwind
- 6 Veranstaltung der "Grauen Wölfe" in Ennepetal verhindert
- 8 Im Schatten der Fußballfreunde
- 9 Die Ideologie der MHP
- 11 Interview mit Aleksadar Gjok Berisha
- 18 Einige Worte zum Alptraum
- 19 Ein Kritiker am Krieg gegen die Armen soll gemordet werden
- 20 Wie kam Mumia Abu-Jamal in die Todeszelle?
- 30 Tuberkulose-Fälle in Herner Flüchtlingsheim
- 31 Bayrische Polizei zensiert TATSACHEN
- 35 Demonstration in Langenfeld
- Dokumentation**
- 24 10-Punkte-Programm der Black Panther Party
- 26 amnesty international - Bericht über Deutschland
- Kommentar**
- 29 8. Mai - Blick zurück im Zorn
- Rezension**
- 32 Das Buch: "Scham" von Taslima Nasrin
- 34 **Leserbrief**
- Gedicht**
- 36 "Ekelhafte Macht" von Aleksadar Gjok Berisha
- A **Gelbe Seiten: Alter und Neuer Faschismus in Österreich**

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:
 Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
 Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/ 26345
 Redaktionsanschrift: Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzungen
 donnerstags 19-20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
 Druck: LUPEN DRUCK Duisburg

Editorial

"Graue Wölfe" machen mobil in Deutschland !

Offensichtlich gewaltig gestärkt durch die Propagandaoffensive des regierungsoffiziellen türkischen Fernsehens für den Krieg gegen Kurdistan, haben türkische Faschisten in Deutschland eine Offensive begonnen.

Veranstaltungen (bzw. Veranstaltungsversuche) in mehreren Städten belegen dies.

Wir berichten über Aktivitäten der **"Grauen Wölfe"** in **Berlin, Essen und Ennepetal**.

Von Interesse in diesem Zusammenhang ist sicher ein Bericht über die **"Ideologie der MHP"**, in dem die **"Neun-Lichter-Doktrin"** (**"Dokuz Isik"**) vorgestellt wird.

Einen größeren Raum haben wir für ein Interview mit **Aleksandar Gjok Berisha** zur Verfügung gestellt: Aleks, seit längerem Mitglied unserer Redaktion, wurde in Lünen von einer Gruppe von 15 Grauen Wölfen auf offener Straße überfallen und krankenhausreif geschlagen ! Dazu gibt es auch ein weiteres Gedicht von Aleks unter dem Titel **"Ekelhafte Macht"**.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Berichte zur drohenden Hinrichtung des amerikanischen Bürgerrechtlers **Mamia Abu-Jamal**, der im August nach über 13 Jahren im Todestrakt in Pennsylvania hingerichtet werden soll - es gilt, durch eine weltweite Protestmanifestation das Unmögliche möglich zu machen und die Hinrichtung zu verhindern !

Auf die **"Feierlichkeiten"** zum **8. Mai 1995** wollen wir nicht mehr ausführlich eingehen, hierzu ging uns ein kurzer Kommentar von **Stephan W. Born** vom AFB Recklinghausen zu unter dem Motto **"Blick zurück im Zorn"**.

Weiter dokumentieren wir in einem ersten Teil Auszüge aus dem Buch **"Aufbruch der Völkischen"**, wohl die beste Zusammenfassung über die Entwicklung des Faschismus in Österreich.

Eine weitere Buchbesprechung: Vorgestellt wird das Buch **"Scham"** der von islamischen Fundamentalisten verfolgten Schriftstellerin **Taslina Nasrin** aus Bangladesh.

Kürzere Berichte über drei **Tuberkulosefälle** im **Herner Flüchtlingsheim** an der **"Forellstraße"**, eine Demonstration gegen faschistische Verlage und Nazi-Fanzines (**"Moderne Zeiten"**) des Ex-Störkraft-Managers **Thorsten Lemmer** in **Langenfeld**, ein ausführlicher Auszug aus dem Bericht von amnesty international über Foltermethoden und Mißhandlungen bei der deutschen Polizei sowie eine Stellungnahme der türkischen Organisation **DIDF** zur Beschlagnahmung ihrer Zeitschrift **"TATSACHEN"** durch bayrische Behörden vervollständigen diese Ausgabe.

Klar - wie fast in jedem Jahr - haben wir auch diesmal eher eine **"Sommerloch"**-Ausgabe zusammengestellt - viel Wichtiges (wie beispielsweise ein Bericht über die erfolgreichen antifaschistischen Aktionstage in Hetendorf oder der Aufruf faschistischer Organisationen, verstärkt mit Gewalt gegen kritische Journalisten und andere vorzugehen und einen neuen **"Werwolf"** zu bilden) fehlt. Die nächste Ausgabe wird dafür wieder umfangreicher.

Zum Schluß sei auf den **"Brief eines Freundes"** verwiesen: Ein kurdischer Asylbewerber berichtet über seine Erfahrungen in der Türkei und Deutschland.

TÜRKISCHE FASCHISTEN AUCH IN DEUTSCHLAND IM AUFWIND

In jüngster Zeit, in der für den Krieg gegen das kurdische Volk von der Republik Türkei unverhohlene Propaganda weit über die Grenzen der Türkei hinaus gemacht wird, erleben türkische faschistische Organisationen einen starken Aufschwung - auch in Deutschland. Mitgewirkt hat dabei die auch in Deutschland ausgestrahlte Sendereihe "Hand in Hand mit dem Landser" des staatlichen türkischen Fernsehsenders TRT-INT, in der offen der Haß gegen das kurdische Volk gepredigt worden ist und in der sich Parteigänger der MHP (Partei der Nationalen Bewegung, geführt von ihrem "Basbug" (= Oberführer), Oberst Alparslan Türkeş), als besonders eifrige "Vaterlandsverteidiger" anpreisen konnten. Auch die der PKK unterschobene, in Wirklichkeit aber von ganz anderen Kräften betriebene Serie von Anschlägen auf türkische Einrichtungen in Deutschland (vgl. AntifaZ Nr. 53) hat dazu beigetragen. In diesem Aufwind gibt es eine Reihe von Veranstaltungen, die als "Kulturveranstaltungen" nur notdürftig getarnte Propagandaakte der "Grauen Wölfe" (Bozkurtlar), Kommandoorganisation der MHP, darstellen. Im folgenden wird der Ablauf zu zwei solchen Veranstaltungen näher beschrieben.

"Graue Wölfe" in Essen unter Polizeischutz

So auch am Sonntag, den 21. Mai, in Essen-Frillendorf im Lokal "Emek Dügün Salonu" in der Langemarckstraße 9 (übrigens bezeichnend für den hier herrschenden Geist, daß noch heute eine Straße so heißen kann). Zu dieser Veranstaltung war wenige Tage vorher im Essener Raum breit plakatiert worden, und so hatte auch die im Essener Ausländerbeirat vertretene "Liste für die Freiheit der Völker" davon Kenntnis genommen, die am 18. Mai die Presse

und den Oberbürgermeister der Stadt Essen darauf hinwies, daß es sich um eine Propagandaveranstaltung der MHP handle, und ein Verbot der Versammlung verlangte. Die Tatsache, daß auf zahlreichen

Handzetteln, in denen zu dieser "Kulturveranstaltung" aufgerufen wurde, der heulende Wolf (Symbol der "Grauen Wölfe") abgebildet war, war ein unübersehbarer Beleg dafür. Der Essener Oberbürgermeister reichte



Sie machen das "Grauer-Wolf-Zeichen"...

(Foto: H.Er, Zeitung Evrensel)

das Schreiben an die Abteilung Staatsschutz beim Essener Polizeipräsidium weiter.

Und so war denn auch am 21.5. als sichtbarer Hinweis (und für Ortsunkundige: Wegweiser) für diese Veranstaltung im näheren Umfeld viel Polizei auszumachen, die systematisch ihr verdächtig erscheinende PKW anhielt und nach Werkzeugen durchstöberte, die als Waffen gebraucht werden könnten.

Kurz: Die Veranstaltung war unter Polizeischutz gestellt worden.

Bis zum Sonntag konnte nur eine beschränkte Anzahl von deutschen, türkischen und kurdischen Menschen mit antifaschistischer Zielsetzung angesprochen werden, wobei Mitglieder der MLPD-Jugendorganisation "Rebell" und der türkisch-kurdischen "Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus

der Türkei in der BRD" (DIDF) überwogen. Zugegen waren aber auch Mitglieder der Initiative für den Internationalen Freundschaftsverein von Recklinghausen sowie ein AntifaZ-Redakteur, der in einer Ansprache auf den Überfall von 14 "Grauen Wölfen" auf ein anderes Mitglied der Redaktion in Lünen (siehe Bericht in dieser Nr.) hinwies. Es waren etwa 50 Personen, die sich vor dem Lokal trafen, um dagegen zu protestieren, daß die Veranstaltung erlaubt war. Sie brachten den Protest mit Transparenten, antifaschistischen Liedern und kurzen Ansprachen zum Ausdruck, in denen für Passanten erklärt wurde, warum das Verbot gefordert wurde. Dabei wurde auch auf die Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Faschisten hingewiesen und geschlossen, daß z.B. für die Ermordung der fünf türkischen Mädchen und Frauen

beim Mordbrand von Solingen (der sich Ende Mai 1995 zum zweitenmal jährte), die die türkischen Faschisten so gern als moralische Rechtfertigung zum Aufbau ihrer Organisation als Schuttruppe für hier lebende türkische Menschen in Anspruch nehmen, sie selbst mitverantwortlich sind. Dies mußten sich zahlreiche der rund 500 in dem Lokal versammelten Gäste - darunter auch der Bildungsattache des Essener Generalkonsulats als sichtbarer Ausdruck für die enge Verbundenheit der offenen Faschisten mit dem türkischen Staat - auf dem Wege dorthin anhören, und wäre nicht die Polizei vor Ort gewesen, so hätte sich die zweifellos vorhandene Übermacht der Faschisten (organisiert waren mit Sicherheit mehr als die Hälfte der Veranstaltungsteilnehmer) das mit Sicherheit nicht bieten lassen. So aber beschränkte man sich aufs Fotografieren der Protestierenden mit Hilfe einer Videokamera, was von der Polizei trotz entsprechender Aufforderung nicht unterbunden wurde. Dagegen wurde Mitgliedern der Protestkundgebung das Fotografieren von Faschisten untersagt.

Leider war es den antifaschistischen Kräften nicht möglich, in einem Umfang zu mobilisieren, der es erlaubt hätte, die Veranstaltung zu verhindern.

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

KD

Veranstaltung der "Grauen Wölfe" in Ennepetal verhindert

Erfolgreicher war eine antifaschistische Aktion gegen die "Grauen Wölfe" in Ennepetal. Dort hatten die türkischen Faschisten für Samstag, den 27. Mai, um 16 Uhr zu einer Versammlung, die als Veranstaltung zur "deutsch-türkischen Freundschaft" ins Ennepetalhaus an der Gasstraße eingeladen. Die Betreiber dieses Jugendzentrums waren über die wahre Identität der Einladenden nicht unterrichtet.

Dort hatte sich der Veranstalter als Türkischer Kulturverein ausgegeben

Jedoch hatten "Grauen Wölfe", die sich dort als "Idealisten" (Ülkücüler) bezeichnen, auf Plakaten im DIN-A3-Format, die wenige Tage vorher im Umfeld verklebt wurden, ebenfalls unter dem Symbol des heulenden Wolfes Propaganda für die Veranstaltung gemacht und damit "die Katze aus dem Sack gelassen".

Schon am späten Vormittag sammelten sich auf dem Markt in Ennepetal, unweit des Ennepetalhauses, wo um 16 Uhr die

Veranstaltung der Grauen Wölfe beginnen sollte, zahlreiche Schwarzbehaarte, ein für die Einwohner sicher ungewohntes Bild. Am frühen Nachmittag, als die Zahl der Eintreffenden groß genug erschien, begab man sich zum Ennepetalhaus und besetzte den Aufgang zum Hauptein-



Einladung zur Veranstaltung, vorher überall geklebt. kurz (Foto

gang in das Gebäude, wobei immer auch die anderen möglichen Eingänge im Blickfeld waren. Außer türkischen und kurdischen Leuten, die größtenteils zu DIDF gehörten und aus Nachbarstädten wie Hagen, Wuppertal, Dortmund und sogar Köln angereist waren, waren auch

Mitglieder der (überwiegend deutschen) Antifa Ennepetal und der Grünen von Ennepetal dabei. Die Gesamtzahl dürfte auf etwa 400 Personen angewachsen sein.

Neben mehreren Transparenten auf deutsch, die von den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen mitgebracht worden waren, wurde im Eingang zum Innenhof des Gebäudes ein türkischsprachiges Transparent aufgehängt, auf dem Angehörige der Grauen Wölfe, falls sie bis dahin kommen sollten, lesen konnten, daß sie heute hier unerwünscht waren: "Ennepetal'da ülkücü fasistleri istemioruz" (= In Ennepetal sind uns die Faschisten, die sich Idealisten nennen, unerwünscht.)

Kurz vor 16 Uhr kamen die ersten Grauen Wölfe und sahen sich der großen Zahl Menschen gegenüber, denen ihre Anwesenheit nicht paßte. Sie wurden mit sanfter Gewalt darauf hingewiesen, daß die von

ihnen geplante Veranstaltung, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht so, wie ihrerseits gedacht, ab-

pertal statt. Die Tatsache, daß "Graue Wölfe" bzw. ihre Gäste teilweise auch mit Autos mit Wuppertaler

Da diese "deutsch-türkischen Freunde" für den Saal einen Mietvertrag abgeschlossen hatten, werden sie die Miete wohl zahlen dürfen.



Besucher der "Deutsch-Türkischen-Freundschaftsveranstaltung" hören von einem Führer der Grauen Wölfe, daß die Veranstaltung längst abgesagt sei. (Foto H. Er)

Der Polizei, die mit zwei Fahrzeugen in der Nähe stand, wurde kein Anlaß zum Eingreifen geboten. Der Heimweg konnte in der Gewißheit angetreten werden, daß an diesem Tage seitens der "Grauen Wölfe" in Ennepetal nichts mehr stattfinden werde.

Die gelungene Verhinderung der Faschistenveranstaltung fand in der Lokalpresse eine positive Würdigung.

laufen werde. Es kamen weitere (teilweise mit der Fahne der Republik Türkei), und es gab auch kleinere Rangeleien, aber insgesamt war die antifaschistische Übermacht für die Faschisten ein "überzeugendes Argument".

Kennzeichen angekommen waren, strafte ihn allerdings Lügen.

KD

Anzeige

Einer ihrer Führer versuchte noch in einer kleinen Ansprache an die Schar seiner rund 50 bis 100 Anhänger, diesen ein "Mißverständnis" einzureden; ursprünglich sei zwar Ennepetal als Ort ihrer Versammlung vorgesehen gewesen, aber diese finde in Wirklichkeit in Wup-

OBLÖMOW

Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

Im Schatten der Fußballfreunde -

Türkischer Faschistenaufmarsch unter dem Schutz der deutschen Polizei

Am Mittwoch, dem 26.4.95 hatte die türkische Nationalmannschaft in Bern mit 2:0 gegen die Schweizer Mannschaft gesiegt. Kurz nach Spielende fuhren Kolonnen von PKW's mit Fußballbegeisterten hupend und türkische Fahnen schwenkend durch Berlin-Kreuzberg.

Wenig später sammelte sich eine Gruppe dieser Fans, ausgerüstet mit großen türkischen Fahnen, und brachte Hochrufe auf die Türkei dar. Schon hier war vereinzelt das Zeichen der **GRAUEN WÖLFE** - der türkischen Faschisten - zu sehen: ausgestreckte Hand mit nach oben gestreckten kleinen und Zeigefinger und zusammengeführten Mittel-, Ringfinger und Daumen (Wolfskopf). Koordiniert wurde dieser Aufmarsch von einigen mit drahtlosen Telefonen ausgestatteten Männern. Auch aus einem Teil der Autos, die immer verwegener mit quietschenden Reifen durch den Stadtteil fuhren, wurden faschistische Parolen gerufen und faschistische Handzeichen gemacht.

Einige Fahrzeuge, deren Insassen sich eindeutig auf diese Weise als Faschisten zu erkennen gaben, wurden von kurdischen Jugendlichen aus dem Viertel angegriffen und beschädigt. Daraufhin schritt die Polizei zum Schutz der Faschisten gegen die Jugendlichen ein und verhaftete mehrere von ihnen.

Gegen 23.00 Uhr sammelte sich ein offensichtlich organisierter Demonstrationszug und marschierte an einem Treffpunkt von antifaschistischen türkischen und kurdischen Jugendlichen vorbei, um später in einiger Entfernung eine Kundgebung abzuhalten. Von Fußball war nicht mehr die Rede, Parolen wie "Die Türkei ist die größte!", "Die Türkei wird das Grab der PKK werden!", "Die Türkei wird Apos's Grab!" (Apo ist der Anführer der PKK) wurden gerufen. Auf der anderen Seite sammelten sich Jugendliche und die Besucher einiger türkischer Cafes und riefen "Die Türkei wird den Faschisten zum Grab werden!", "Kurdistan wird das Grab der Faschisten!".

Auf der Demonstration und aus den Autos der angeblichen Fußballfans wurden mehrmals deutlich Waffen gezeigt. Die deutsche Polizei baute sich erneut zum Schutz der Faschisten auf. Der Zug zog sich unter Parolenrufen und offensichtlich ermutigt durch den Polizeischutz zu seinem Ausgangspunkt

zurück. Die weniger als 100 Gegendemonstranten, die ihnen auf der anderen Straßenseite folgten, wurden durch ein Polizeispalier in Schach gehalten. Mehrmals flogen Steine von seiten der Grauen Wölfe. Als die Jugendlichen aus dem Viertel ebenfalls mit Steinen warfen, griff die Polizei ein, verhaftete mindestens vier Kreuzberger Jugendliche und prügelte sie unter dem lauten Beifall der Faschisten in eine Polizeiwanne.

Die Faschisten konnten ihre Kundgebung ungestört fortsetzen und sich dann zurückziehen. Danach wurde der Autokorso in Form eines Triumphzuges unter Polizeischutz wieder aufgenommen. Von Anwohnern auf die verwendeten faschistischen Symbole angesprochen, meinten Polizisten, daß es sich um ein reines Fußballereignis handele, und gingen rabiät gegen Mißfallenskundgebungen vor.

(aus: Antifaschistisches INFO-Blatt Nr. 30, Juni/Juli 1995)

DIE IDEOLOGIE DER MHP

Der folgende Beitrag ist der erste Teil einer Artikelserie über die Ideologie der türkischen faschistischen Partei MHP, die in der Zeitschrift "inisiyatif" erscheinen soll. Die Zeitschrift wird in türkischer und deutscher Sprache herausgegeben und berichtet regelmäßig (auch) über türkische Faschisten in der Türkei und anderswo.

Ideologiegeschichtlich müßte mindestens bis auf die Zeit um die Jahrhundertwende zurückgegriffen werden, als die **jungtürkische Bewegung** ihre nationalistischen Ideen auszuformulieren begann. Der (Alp)-Traum von einem **Turan** beispielsweise, also von einem **großtürkischen Reich**, das die türkischen FaschistInnen anstreben, entstand eben damals, zur Zeit des Zerfalls des Osmanischen Reiches. Soweit soll jedoch nicht zurückgegangen werden, vielmehr bezieht sich der folgende Artikel thematisch konkret auf die MHP-Entwicklung.

Neuanfänge - "Neun-Lichter"-Theorie

Von verschiedenen Seiten wird der Schriftsteller **Nihal Atsız** als Hauptideologe der MHP bezeichnet. Wesentliche Bestandteile seiner Ausführungen seien Panturanismus sowie Rassismus gewesen. In diesem Zusammenhang arbeitete er eine "13-Lichter-Theorie" aus.

Offensichtlich leitete A. Türkes hiervon sein bekanntes Werk "Neun Lichter" ab, das in den 60er Jahren entstand und 1965 herauskam. Dabei handelt es sich um die folgenden neun programmatischen Stichpunkte:

1. Nationalismus, 2. "Idealismus" ("Ülkücülük"), 3. Moralismus ("Ahlakçılık"), 4. Wissenschaftlichkeit ("İlimcilik"), 5. "Sozialität" ("Toplumculuk"), 6. Förderung der Landwirtschaft ("Köycülük"), 7. Liberalismus und Individualismus ("Hürriyetçilik ve Sahsiyetçilik"), 8. Entwicklungsorientiertheit und Volksnähe ("Gelişimcilik ve Halkçılık"), 9. Förderung von Industrie und Technik ("Endüstricilik ve Teknikçilik") ("Dokuz Isik", Istanbul 1994).

Die reale Bedeutung der "Neun Lichter" dürfte eher gering sein, dennoch wird hier und da

auf sie Bezug genommen. Zwar geben sie eine gewisse programmatische Orientierung wieder, in der allgemeinen Parteipropaganda stehen allerdings andere Punkte wesentlich im Vordergrund.

Als ein Standardwerk der türkischen Faschisten bezeichnen Roth/Taylan das Buch "D.A.S. - Dinamik, Ana, Stratejiler, Türk Milliyetçi-Toplumcu Doktrinini Umumi Esasları" ("Allgemeine Grundlagen der türkischen national-sozialen Doktrin") von einem Mürsit Aktaylı alias **Mehmet Özsoy** (Roth/Taylan, Die Türkei - Republik unter Wölfen, Bornheim 1981).

Ideologie

Satzungen sollen uns hier weniger interessieren. Erfahrungsgemäß dürften diese wenig ergiebig sein. Hierzu gibt es auch ein schönes Zitat: Nach einem Bericht in der Gewerkschaftszeitung "Metall", Nr. 12/1981, habe ein ehemaliges MHP-Mitglied bezogen auf die BRD folgendes ausgesagt:

"Um besser arbeiten zu können, gab es in den 'Kulturvereinen' zwei Satzungen. Eine offizielle, die für die Gerichte und die Öffentlichkeit bestimmt war, und eine geheime Satzung. Diese Satzung kam direkt aus der Türkei von der Partei des Ex-Obristen Alparslan Türkes, wurde an die ADÜTDF weitergeleitet, die die Satzung schließlich an die 'Kulturvereine' übergab." (zitiert nach E. Özcan, Türk. Immigrantorganisationen, Berlin 1989, S. 186)

Die wesentlichen ideologischen Bestandteile in der Propaganda der MHP und der ihr zugehörigen Organisationen wollen wir grob folgendermaßen unterteilen:

1. Nationalismus: Dieser ist unter dem Gesichtspunkt des Panturanismus zu sehen. Es

handelt sich um einen entsprechend aggressiven Nationalismus. Er beinhaltet ebenso einen ausgeprägten Rassismus gegenüber allen möglichen nichttürkischen Menschen, insbesondere gegen die Minderheiten im Lande (KurdInnen, ArmenierInnen) sowie diverse traditionelle Feindstaaten (Griechenland), wie auch Gebietsansprüche.

2. Antidemokratische Grundhaltung: Das stellt einen Hauptpunkt dar. Vornehmlich wird hier antikommunistische Propaganda betrieben, prinzipiell richtet sie sich allerdings gegen jegliche oppositionellen Kräfte, wie z.B. besonders Gewerkschaften zu spüren bekommen haben. Zwar findet sich die Behauptung, antikapitalistisch orientiert zu sein, was aber in der Realität nicht bestätigt werden kann. Innerparteilich ist alles nach dem Basbug ("Führer") Türkes ausgerichtet, d.h. es gilt das Führerprinzip. Es muß festgehalten werden, daß sie sich (zur Zeit) staatsreu geben; das ist bekanntlich in der Türkei kein großer Widerspruch.

3. Islam/Schamanismus:

Im Laufe der rund 30jährigen Geschichte der MHP ergaben sich durchaus leichte Veränderungen in der Schwerpunktsetzung. Besonders auffällig war und ist dabei die Frage der Religion. Bei Betrachtung der "Neun Lichter" fällt z.B. bezeichnenderweise auf: Der Islam ist nicht als eigener Punkt aufgeführt.

Tatsächlich war der Islam in der Anfangszeit der Parteientwicklung von wegweisenden Personen eher abgelehnt worden. Vielmehr gab es eine Rückbesinnung auf die vorislamische Zeit mit ihren schamanistischen Kulturen, während der Islam als "Religion der Araber" (so N. Atsiz, zit. nach Binswanger/Sipahioğlu, S. 65) abgelehnt wurde. Die Bedeutung des Islams ist also für die MHP weniger religiöser Natur, sondern leitet sich von ihrem Nationalismus ab. Es geht also um die Frage, inwieweit der Islam zum Muster-"Türken" gehört.

Hier kam es schnell zu Änderungen, da dieser Punkt stets umstritten war, und das schlechte Abschneiden der MHP bei Wahlen sowie die Erfolge der islamisch-fundamentalistischen "Nationalen Wohlstandspartei" ("Milli Selamet Partisi", MSP) von N. Erbakan ließen hier schließlich eine

Umorientierung eintreten. Zwar stand der Nationalismus in Verbindung mit dem Pan-turanismus weiterhin im Vordergrund, jedoch gewann schließlich Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre der Islam in der Parteipropaganda immer mehr an Bedeutung. Dieser Sinneswandel wird im allgemeinen als einer der Hauptgründe dafür angesehen, daß die MHP schließlich relativ erfolgreich aus Wahlen hervorging, obwohl eher davon ausgegangen werden mußte, daß die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei in den 70er Jahren und die schon vorher mitbestimmende Rolle der MHP in Staatseinrichtungen für diese Erfolge ausschlaggebend waren.

In diesem Zusammenhang ist auch das Stichwort von der "Türkisch-Islamischen Synthese" relevant, das v.a. in den 80er Jahren seine Runde machte.

(F.B., in: inisiyatif Nr. 8, Mai/Juni 1995)

ANZEIGE

Grauzone

"Die Musikkneipe in RE"

Oerweg 53, 45657 RE, 02361/15262

Jeden Sonntag
großes

Frühstücksbuffet

von 10 - 14.00 Uhr

Der Sonntagmorgenschlemmerschoppen
in der Grauzone

Tischreservierung unter 15262

Jazz am Sonntagnachmittag mit "Matz"

Sonntäglich von 14 - 19.00Uhr

Die *best* Live-Accs im Kreis RE
täglich geöffnet von 19.00 bis 2.00

Fr - Sa - 3.00

sonntags von 10.00 bis 2.00

INTERVIEW MIT ALEKSANDAR BERISHA

Vor wenigen Wochen wurde Aleksandar Berisha, albanischer Mitarbeiter der AntifaZ-Redaktion, auf offener Straße von türkischen Faschisten überfallen und krankenhaushausreif geschlagen. Wir sprachen mit A. über die Hintergründe dieses Vorfalls.

AntifaZ: Aleks, wir haben davon erfahren, daß Du hier in Lünen von 14 türkischen Faschisten überfallen und zusammengeschlagen worden bist. Kannst Du uns berichten, was genau passiert ist?

A.: Das geschah am 12. Mai, ich gab vorher Deutschunterricht in einem Flüchtlingsheim für Asylbewerber, den geb ich montags und freitags regelmäßig. Als ich dann um sechs damit fertig war, entschloß ich mich, mit einigen albanischen Kollegen noch durch die Stadt zu spazieren. Wir sind dann Richtung City gegangen und hörten auf einmal nur Pfiffe und Gebrüll "Türkiye, Türkiye", wir wußten erst mal gar nicht, was los war. Da fiel mir dann ein, daß an dem Nachmittag Blüm hier sein sollte, das hat mich interessiert. Wir haben uns spontan entschlossen, an der Wahlveranstaltung teilzunehmen.

Es war so, daß eine Gruppe von etwa 40 Türken und Türkinnen dort stand, die Parolen riefen. Weiter haben sie auch CDU-Mitglieder und CDU-Helfer, die dort standen, massiv bedroht. Dort hat man auch die Frau Strauch, die mich dann später gerettet hat, ganz übel in ihrer Rolle als Frau beleidigt. Zitat: "Komm her, Du Hure, wir ficken Dich sofort". Andererseits hat man dem Norbert Blüm seine Wahlbroschüre aus der Hand gerissen und sie ihm zerfetzt ins Gesicht geworfen. Man hatte drei große türkische Fahnen dabei. Es ist auch passiert, daß einfach Leute, die dort vorbeigingen, beleidigt worden sind, einfach ohne Grund. Ich hab dann einen der türkischen Jugendlichen freundlich begrüßt und gefragt, was denn hier so passiert, warum sie denn demonstrierten, und er hat dann auch ganz freundlich geantwortet. Sie würden hier demonstrieren, damit die Falschmeldungen über Kurdistan, die hier in Deutschland verbreitet würden, aufhören sollten. In der Türkei würden keine Kurden abgeschlachtet, sondern das wären die

besten Freunde. Da war ich natürlich von vornherein sehr skeptisch. Mir war auch durch politische Erfahrung durchaus klar, daß man in diesem Rahmen erst gar nicht diskutiert, weil die Leute dort schon zu aggressiv waren.. Darauf entschloß ich mich zu gehen, meine albanischen Freunde sind schon vorher gegangen.. Ich bin dann auch etwa fünf Minuten durch die Stadt gegangen, mußte dann aber zurück zum Theaterplatz, wo mein Auto stand. Ich kam also noch mal in der Nähe der Demonstranten vorbei, und da hatten mich die Leute schon gesehen. Da kam einer sofort heruntergesprungen, kam mit erhobenem Zeigefinger auf mich zu und rief: "Berisha, Berisha, machst Du so weiter, Du Kurdenschwein, stechen wir Dich ab, dann machen wir Dich alle, Du Kommunistensau, PKK-Schwein", in diesem Jargon häuften sich die Ausdrücke in jeglicher Vielfalt. Man beschimpfte mich auch mit Wörtern wie "Hurensohn", was dann im nachhinein mir in den Mund gelegt wurde. Man schimpfte auch "Asylantenschwein, Asylantenfreund", "Wie siehst Du aus mit deiner Weste, wie ein PKK-Kämpfer". Ich sagte dann: "Was wollt Ihr von mir, laßt mich in Ruhe", zumal sich jetzt auch schon so 14-15 Leute mir gegenüber versammelt hatten und mich dann umzingelten. Ich sagte: "Geht Ihr Euren Weg, ich geh meinen, ich hab mit Euch nichts zu tun, ich hab Euch auch nichts getan." In dem Moment fingen sie dann an zu provozieren und auf mich einzuschlagen. Das sah dann so aus, daß ich von allen Seiten Fußtritte und Fausthiebe bekam. Ich versuchte natürlich, mich zu wehren, aber es war überhaupt nicht möglich, weil es zu viele waren. Dann kamen auch zwei andere Albaner und sprangen in die Menge rein, um mir zu helfen, sie haben selber aber auch sehr viel Prügel bezogen. Mich hat aber der Hauptteil getroffen, denn die Leute wollten

mich haben, nicht die anderen. Dann prügelten sie auf mich ein, bis ich dann irgendwann durch einen Schlag am Hinterkopf zusammengebrochen bin. Dann zogen sie mich an den Haaren und schlugen mich mit dem Kopf mehrmals gegen ein in der Nähe stehendes Postauto. Daraufhin brach ich fast zusammen, lag auf dem Boden, fast ohnmächtig, und die Leute traten nur noch mit Füßen nach mir. Irgendwann schrie ich nur noch, um überhaupt noch einen Laut von mir zu geben.

Und dann kam Marianne Strauch, die das sah, und sprang mitten in die Leute rein und schrie: "Laßt ihn in Ruhe, was wollt Ihr von ihm, er setzt sich doch für Euch ein, Ihr Schweine, was tut Ihr da" und nahm meinen Kopf mütterlich in die Hand, um meinen Kopf vor weiteren Schlägen zu bewahren. Sie zog mich hoch, in dem Moment war mein Körper, Magengegend, Beine, ja noch frei, und da schlugen sie weiter rein. In diesem Augenblick muß wohl die Polizei eingeschritten sein, ich hörte nur noch "Polizei, Polizei". In dem Moment sind die Leute wegelaufen, wenigstens einige von ihnen. Mich wollte die Polizei dann im gleichen Moment noch verhören, ich war aber noch total benommen und unter Schock, so daß ich nur gesagt habe "Laßt mich endlich alle in Ruhe".

Dann haben mich die Frau Strauch und ein Polizeibeamter in einen Krankenwagen gebracht, der anschließend sofort kam. Ich wurde ins Krankenhaus gebracht, befand mich dann von Freitagnacht bis Dienstagmorgen im Krankenhaus. Der Befund der Ärzte war, daß ich Schädelprellungen habe, Gehirnerschütterung, Wirbelsäulenprellung an der oberen Wirbelsäule sowie einige blaue Flecken und andere Prellungen.

Schlimmer ist aber doch die seelische Komponente, die ich irgendwie versuche, so gut zu meistern, wie es nur geht. Das ist relativ schwer, wenn man oft alleine ist, dann kommen die Gedanken wieder hoch, man sieht nur noch diese Augen und diese Fäuste vor sich und denkt in dem Moment, was das nur für Menschen sind, die einerseits behaupten, sie kämpfen für die Ehre der Türkei,

Anzeigen

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

andererseits wahllos mit fünfzehn Leuten einzelnen zusammenprügeln.

AntifaZ: Über die Motive dieser Leute könnten wir gleich vielleicht noch etwas ausführlicher reden. Du sagtest gerade, wenn man allein sei, dann kämen einem schon so die Gedanken. Wenn fünfzehn Leute über Dich herfallen, und keiner oder nur einer greift ein, dann ist das ja auch ein "Alleinlassen", eine Sache, die einen hier alltäglich treffen kann, ich denke, das jagt einem doch auch erst mal eine große Angst ein. Meine Frage ist, fühlst Du Dich nach diesem Vorfall hier erst mal allein, oder hat es auch Beweise von Solidarität gegeben, so daß man sagen könnte, das hat denen nicht genützt, das darf so nie wieder vorkommen? Wie würdest Du denn die Entwicklung in Lünen nach diesem Vorfall beschreiben?

A.: Die Entwicklung hier in Lünen war für mich erst einmal sehr überraschend. Einmal zeigten hier die Grünen und die CDU ein sehr starkes Interesse, das auch publik zu machen. Die Telefone der Lokalredaktion der Westfälischen Nachrichten und der Ruhrnachrichten, die liefen heiß. Die Leute waren aufgebracht, sie riefen an. Das haben mir und meinem Vater auch Redaktionsmitglieder erzählt. Es hatte hier in Lünen noch keinen Fall gegeben, der öffentlich geworden ist. Es hat auch schon früher politisch motivierte Anschläge, auch auf Zivilisten, gegeben, aber es ist wahrscheinlich auf Grund der Angst vor nachfolgenden Repressalien nie dazu gekommen, daß so etwas publik werden konnte, also es war das erste Mal. Lünen wurde oft ein bißchen als heile Welt dargestellt, da man sehr viel, gerade durch die Kirchen, bemüht war, Brücken zu schlagen zwischen Ausländern und Deutschen, obwohl ich diese Klassifizierungen eigentlich sehr ungern benutze. Nun, durch diesen Tag, so wurde es auch in den Zeitungskomentaren dargestellt, ist diese heile Welt kaputtgegangen.

Es hat hier erst mal einige Reaktionen von den Rechten gegeben, auch schon unmittelbar nach dem Vorfall, da haben dann einige geschrien: "Türken raus".

Dann haben aber die linken Gruppen, von denen wir aber nicht viel haben in Lünen, und vor allem die kirchlichen Gruppen, die auch alternative Arbeit und oft sehr gute machen, alles in ihren Kräften Stehende getan, das ging von Zeitungsartikeln über Rundbriefe an die Mitglieder des Diakonischen Werkes, über Angebote für Vorträge an einzelnen Schulen, über Faschismus und wie man Faschismus begegnen kann, der Sender "Antenne Unna" berichtete fast jeden Tag darüber, "DO 91/2" ebenfalls, so daß auch Themen wie "Ausländerbeirat" wieder aufgegriffen wurde, wo die Leute früher sehr leichtes Spiel hatten, wo sich im Schatten der Demokratie entwickeln konnte, daß hier im Stadtparlament 70-80 Prozent der Leute türkische Rechte sind. Jetzt werden diese Leute auf einmal kritischer betrachtet. Einzelne Parteipolitiker haben den Ausländerbeirat aufgefordert, gerade nach dem Eklat, als sich der Ausländerbeirat geweigert hatte, über meinen Fall zu sprechen, da wurde sehr deutlich, daß ihre Gesinnung eine durchaus faschistische ist. Diese Leute wurden dadurch unter Druck gesetzt, so daß vier von ihnen in einem öffentlichen Brief sich von der Aktion distanzieren, aber 11 Leute stehen nach wie vor hinter dieser Politik.

Ich habe in diesem Fall auch kein Blatt vor den Mund genommen und diese Leute öffentlich, auch im Radio, als Faschisten bezeichnet

Meine Partei, die SPD, ich bin ja Mitglied bei den Jusos, hat sich allerdings sehr bedeckt gehalten, außer Dieter Dickmann, ein alter Falke, einer der älteren SPDler, der noch eine ganz andere Gesinnung in sich trägt, ohne seine Hilfe wäre das ganze auch nicht so publik geworden.

Also, von der SPD, obwohl es meine eigene Partei ist, bin ich sehr sehr enttäuscht worden., bis auf einige wenige, für die das Wort Genosse nicht nur ein Wort ist, sondern auch bedeutet, Partei zu ergreifen und sich zu engagieren.

AntifaZ: Kommen wir noch einmal auf den Vorfall selber zu sprechen. Wie erklärst Du Dir, daß gerade jemand wie Du, eben kein Nationalist, der nur für "die Kurden" aktiv

ist, sondern der bekannt ist als Internationalist, der Solidarität nicht nur mit Kurden, sondern auch z.B. den bosnischen Muslimen organisiert hat, wieso wird gerade so einer zur Zielscheibe für die faschistischen "Grauen Wölfe" ?

Eine andere Frage stellt sich auch: Wie kann man sich erklären, wie kommt das zustande, daß 14 Leute über einen einzelnen Wehrlosen herfallen ?

A.: Es läßt sich aus dem gesunden Menschenverstand heraus gar nicht erklären. Es sind Leute, die meinen, sie haben reines türkisches Blut in ihren Adern laufen, sie sind von einer Art Mythos in ihrem Kopf verseucht, daß sie sagen, unser Volk ist ein von Gott geschütztes Volk, sie erheben sich über alle anderen Völker, sie sehen sich in einer bedrängten Situation in Deutschland. Da paßt es natürlich gut zusammen: Einerseits sind das Leute, die zur ersten Einwanderergeneration gehören, sich hier zwanzig Jahre fast totgeschuftet haben, die auch ihren festen Moralvorstellungen haben, andererseits sehen sie ihre eigenen Kinder, die oft hin- und hergerissen sind, teilweise auch oft nicht wissen, wo sie jetzt hingehören, die Eltern sehen selber, daß ihnen die Kinder entgleiten, Das soll nun der Islam übernehmen, daß da stärkeres Engagement kommt, dies zu verhindern. Die sollen dafür sorgen, daß die Töchter und Söhne wieder zur Koranschule gehen, da trifft sich die eine Seite. Ich glaube, daß die Funktion der "Grauen Wölfe" ist, zu verhindern, daß ihre 3-4 Millionen Landsleute hier assimiliert werden. Sie sollen Türken bleiben, sie sollen keine Brücken darstellen, sondern quasi Inseln im anderen Land, türkische Inseln, in denen keine anderen Einflüsse mehr drin sind. Die Grauen Wölfe liefern in dem Moment auch Fakten: So und so können wir das machen, die und die Gruppen sind dann unsere Feinde, die unser türkisches Kulturerbe hier bedrohen. Sie deklarieren im Grunde eigentlich nichts anderes als einen gewissen Status hier in Deutschland, während andere Gruppen, sagen wir mal Griechen oder Italiener, sich immer mehr integrieren und auch in dieser Kultur zum Teil aufgehen.

Warum also gerade mir gegenüber diese Brutalität da ist, kann ich mir nur so erklären, daß in der Türkei eine sehr starke nationalistische Richtung immer gefördert worden ist, von den jeweils Herrschenden. Nimm zum Beispiel so einen Mythos wie den "Grauen Wolf", der angeblich die Türken aus Zentralasien in den vorderen Orient brachte. Dinge, die kein normaler zivilisierter Mensch für sich dulden könnte, weil es totaler Schwachsinn ist, daß ein Wolf ein ganzen Volk irgendwo hinführt. Es ist nichts anderes, als es auch bei Hitler mal gewesen ist, nur die Grauen Wölfe haben aus den Fehlern der Nazis auch gelernt, sie agieren viel viel schlauer. Sie arbeiten nicht so sehr über die Propaganda, sondern zum Beispiel so, daß sie hier in Deutschland Angriffe auf Angehöriger fremder Völker starten, die ein Feindbild darstellen sollen, zum Beispiel "die Kurden" müssen für alles Mögliche herhalten in der Türkei, und dann auch hier in Deutschland, das sind dann wieder Feindbilder. Da sind dann Kommunisten oder überhaupt Menschenfreunde, die sich für unterdrückte Völker einsetzen, die passen nicht in ihr Konzept, und deshalb schlagen diese Leute auch unheimlich brutal zu. Ich bin in dem Moment kein "Türke", sondern ein "Fremder", der ihnen quasi die Türkei ausreden will. Und das glauben sie auch, vermutlich auch, weil ihnen der Geist fehlt, um das richtig zu differenzieren. Das gibt es auch unter türkischen Intellektuellen, ich kenne eine türkische Frau, sie ist Ärztin. Spricht man sie aber auf das Thema "Kurden" an, kommt eine ganz knallharte rassistische Meinung.

Die Türkei steht im Augenblick am Rande eines Abgrundes, wirtschaftlich, aber auch in allen anderen Bereichen. Was machen Faschisten in solchen Momenten: Davon ablenken, und da ist es für sie selbstverständlich, daß sie zu solchen Mitteln greifen.

AntifaZ: In den letzten Jahren hat es ja in Deutschland eine Entwicklung gegeben, in der die nationalistischen, islamisch-fundamentalistischen und die faschistischen Kräfte unter den TürkInnen an Stärke gewonnen haben. Das war ja nicht immer so. Vor zehn bis fünfzehn Jahren waren die demokratischen und sozialistischen Kräfte noch deutlich in

Anzeigen



Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM • KHEIFE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 / 178145 • Fax: 0231 / 178347



**LUPEN
OFFSETDRUCK**

◆ Plakate ◆ Reklame ◆ Katalog
◆ Buch ◆ Broschüre ◆ Kalender
◆ Grafik ◆ Satz
◆ Vierfarbseparation ◆ Einladungskarte

Wilfriedstr. 10 • 47169 Duisburg
Tel.: 0203 / 40 85 01 • Fax: 0203 / 40 699 16

GRAFIK: Raster Scan & Belichtungs-service • Tel.: 0203 / 40 12 56

der Überzahl. Auch die gesellschaftlichen und sozialen Aktivitäten dieser Menschen sind deutlich zurückgegangen.

Daneben stehen zahllose Anschläge auf türkische Menschen, Mölln und Solingen sind nur die bekanntesten Beispiele, welche von den türkischen Faschisten genutzt wurden, um türkisch-nationalistische Stimmungen anzuheizen.

Auch existiert m.E. unter den deutschen "Normal"-BürgerInnen nach wie vor eine entwickelte Fremdenfeindlichkeit - darüber können auch derartige multikulturelle Verständigungsaktivitäten wie zum letztjährigen "Vater"-Tag in Magdeburg und anderswo nicht hinwegtäuschen. Was könnte man denn Deiner Meinung nach tun, daß unter den Menschen mehr Bereitschaft entsteht, sich *alltäglich* gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen?

Wie können wir erreichen, daß gerade auch die ArbeiterInnen in den Betrieben wieder stärker aktiv werden gegen faschistische Kräfte, denn die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" richten sich oft gerade gegen die fortschrittlichen ArbeiterInnen.

A.: Es ist ja in ganz Europa so ein Rückfall in alte Werte zu verzeichnen. In Deutschland, in Italien, in Frankreich, überall marschieren die Rechten und machen mobil. Und - sie sind salonfähig geworden. Mit einem neuen Schwung sind sie da und präsentieren sich in einer ganz anderen Art und Weise, als es vorher gewesen ist. In der Türkei ist das Gleiche ja auch zu sehen. Nimmt man sich mal das Beispiel der Tansu Ciller vor, sie hat studiert, besitzt immer noch die amerikanische Staatsbürgerschaft. sie hätte eigentlich gerade auch als Frau - die Chance gehabt, neue Akzente zu setzen. Aber nein, sie benutzt ebenfalls Wörter wie "Endlösung" gegenüber den Kurden und propagiert dies auch. Sie wird darin durchaus ernst genommen und in vielen Staaten hofiert.

Was Du gerade angesprochen hast, die Solidarität zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern, das ist wirklich vielleicht eine Lösungsmöglichkeit, ein allgemeines Umdenken zu bewirken.

Die Kumpel unter Tage, sie haben gemeinsam malocht, sie haben die gleichen

Probleme. Dabei vergessen sie ihre Nation, denn die gemeinsamen Probleme treten in den Vordergrund. Das ist ja erst mal auch nichts anderes als eine Akzeptanz des Fremden.

Das ist eine Sache, die man in allen Ländern lernen muß, daß dieses Denken: "Ich bin ein Türke, ich bin Albaner oder Kroat", daß dieses Denken falsch ist. Stattdessen sollten die Menschen in erster Linie daran denken, daß sie Menschen sind.

Ich glaube, daß gerade diese "Blut"-Theorie vielen Menschen Unheil gebracht hat. Zumal jeder Mensch, wenn er sich seine eigene Ahnenreihe mal genau anschauen würde, feststellen müßte, daß er seine Wurzeln in verschiedensten Nationalitäten hat.

Das Zugehörigsein zu einer Nation begründet sich doch nur auf die gemeinsame Sprache, die man in dem Moment zufällig hat. Wenn Menschen akzeptierten, daß, egal woher sie kommen, egal welche Religion sie haben, daß mein Nächster auch ein Mensch ist - ich hab ja Gott nicht vorher gebeten: Lieber Gott, bring mich bitte als Albaner auf die Erde, sondern das ist purer Zufall, und das versuche ich auch in meinen Gedichten klarzumachen - aus diesem Bewußtsein heraus muß sich auch ein frommer Moslem sagen, daß er das ebensowenig vor seiner Geburt entscheiden konnte, daß er als Moslem zur Welt kam. Genauso ist es bei jeder Volkszugehörigkeit, und das muß sich jeder Mensch vor Augen führen. Wenn man dieses Denken stärker unterstützen könnte, könnte man m.E. auch eine Menge erreichen.

AntifaZ: Ich denke auch, daß gerade die Religion ein zentrales Problem künftiger Auseinandersetzung sein wird. Zum einen treten wir für Religionsfreiheit ein, für das Recht jedes einzelnen, seine Religion frei auszuüben - zum anderen treten wir aber natürlich auch für das Recht, nicht religiös und Atheist zu sein, ein, ebenfalls seine Meinung frei zu äußern - es würde mich interessieren, ob wir Deiner Meinung nach nicht auf diesem Gebiet zu wenig getan haben, ich spreche jetzt auch als Atheist, ob wir uns nämlich mit bestimmten Religionsinhalten zu wenig auseinandergesetzt haben. Bisher wäre ich eigentlich auch nicht auf die Idee gekommen

zu sagen, schauen wir uns den Islam mal ein wenig genauer an, und können wir sagen, bestimmte Aussagen finden wir einfach abwegig oder furchtbar. Ich denke, daß dies ein Fehler war, und werde mir in Zukunft die Religionsinhalte stärker und genauer ansehen und mögliche Kritiken entwickeln. Wie siehst Du dieses Problem ?

A.: Ich sehe es ganz genauso wie Du, nur ist diese Arbeit sehr schwierig, weil wir wirklich von den Wurzeln ausgehen müssen, von denen diese Menschen geprägt worden sind. Der eine ist sehr stark durch den Koran geprägt, auch durch eine Form des Herrscher-Denkens, die gerade den türkischen Männern anerzogen wurde, sie können sich erlauben, was sie wollen, auch eine arrogante Haltung, die auch im Koran vermittelt wird, Beispiele: Treibt die Juden ins Meer, oder: Eine Frau wird ohne Seele geboren, solche Dinge findet man im Koran ja wortwörtlich wieder, oder: Ihr müßt Euren Glauben mit Feuer und Schwert verbreiten. All das verkörpert in den Leuten oft unbewußt ein gewisses Überlegenheitsgefühl.

Die Christen wiederum tun genau das Gleiche, sie sehen sich auch als überlegen an, als fortschrittlich und nicht rückständig wie die Moslems, Worte wie 'Muschel' oder 'Kanacke', das kommt ja auch nicht von ungefähr, sondern man verachtet diese Menschen. Jede Religion hat ihre Arroganz, und ich mag eigentlich keine religiösen Menschen, sondern überhaupt gläubige Menschen. Diese 'Religiosität' müßte man in der antifaschistischen Arbeit sehr viel schärfer kritisieren, weil dann bestimmte Wurzeln erst einmal grundlegend in Frage gestellt werden.

AntifaZ: Zum Schluß ist für unsere LeserInnen sicher interessant, wie es in der nächsten Zeit weitergeht, was Du ganz persönlich tust, was in Lünen geplant ist und vor allem: Siehst Du ganz persönlich eine Entwicklung, die Erfolg verspricht, die Dich auch stärkt und zu der Du durch Deine Stärke und Überzeugungskraft, durch Deine ganze Persönlichkeit, beitragen kannst ?

A.: Ich sehe, daß in Lünen, auf kommunaler Ebene, alle möglichen Kreise, kirchliche, politische oder sonstige, gegenüber Nationalisten sensibler geworden sind. Es sind auch

weitere Leute im nachhinein bedroht worden, zum Beispiel der Thomas Brand, der in der Flüchtlingsberatung mitmacht, wurde jetzt öfters angepöbelt, anderen Leuten wurden die Reifen ihrer Autos zerstoßen, alles so Dinge, die jetzt hier abgehen, um uns einzuschüchtern.

Allerdings haben die türkischen Faschisten einen erheblichen Griff ins Klo gestartet. Sie dachten, indem sie mich zusammenschlagen, daß sich die Menschen in die Häuser verkriechen, wenn sie von ihnen angegriffen werden, sich ein paar Wochen draußen nicht blicken lassen und auch keine Anzeige gegen sie erstatten, so daß es für sie auch keine Konsequenzen hat. Aber hier ist das Gegenteil eingetreten und auch eine große Empörung erkennbar geworden.

Ich denke, daß die türkischen Leute, die rechts gesinnt sind, in Zukunft nicht mehr so leicht agieren können, wie sie sich das vorstellten. Projekte wie zum Beispiel ein Raum für eine islamische Gemeinde, auch ein Moschee-Bau werden nun wieder kritischer geprüft darauf, wer dahinter steckt, zumal immer mehr Menschen erkennen, daß gerade Moscheen, ohne jetzt meinen moslemischen Freunden weh tun zu wollen, nichts anderes sind als politische Agitationszentren und keine Glaubenshäuser.

Einerseits geben türkische Faschisten damit an, wie tolle Moslems sie sind, andererseits verprügeln sie Menschen. Es hat hier in Lünen auch eine Spaltung unter den türkischen Leuten gegeben. Viele Türken, die einfach human gesinnt sind, haben gesagt, mit Euch wollen wir nichts mehr zu tun haben. Sie werden zwar in ihrer Gruppe eine gewisse Anerkennung gesammelt haben, das ist klar, aber von den übrigen haben sie sich isoliert. Es ist aber auch zu beobachten, daß sich die Lage in Lünen zugespitzt hat: Einige meiner türkischen Freunde sind auch schon gewarnt worden, daß sie dran sind, und zwar noch schlimmer als ich, weil sie ja Vaterlandsverräter seien - die sie nicht sind, sie stehen zur Türkei, betonen auch, daß sie dorthin kommen, aber sie sind keine Faschisten, sie treten für das Recht der KurdInnen auf einen eigenen Staat ein.

Wichtig ist, daß hier in der nächsten Zeit sehr viele Veranstaltungen laufen, auch von deutscher Seite aus. Ich denke aber, diese Veranstaltungen sollen erreichen, daß "Kompromiß"-Lösungen propagiert werden, indem man beispielsweise sagt: Vielleicht ist ja auch vieles aufgebauscht worden, wir wollen das alles zurückschrauben. Es gibt auch viele, die die Gefahr einfach nicht sehen wollen, die vielleicht zum Teil selber in Kontakt zu den türkischen Faschisten stehen, die vielleicht ihre 'heile Welt' nicht kaputt machen lassen wollen oder ganz einfach auch Angst haben.

Es wird aber auch Veranstaltungen geben, auf denen die Probleme ganz klar angesprochen werden. Wir haben also eine Mischung aus Sensibilisierung und Angst, aber eins ist sicher, die türkischen Faschisten können nicht mehr agieren wie bisher.

AntifaZ: Noch eine allerletzte Frage. Es ist ja klar, daß diese Veranstaltungen, diese Aufklärung über türkischen Faschismus Teil unserer antifaschistischen Arbeit sein muß, ich denke, daß dies auch eine Aufgabe ist, die nicht durch vereinzelte Veranstaltungen zu lösen ist, sondern antifaschistische Arbeit überall zur Tagesaufgabe gemacht werden muß, nicht nur für Deutsche, sondern für alle hier Lebenden. Wie sieht denn in Lünen die Möglichkeit aus, daß sich antifaschistische Organisierung weiterentwickelt?

A.: Wir haben hier vor, eine Jugendgruppe aufzumachen, die durch gezielte und regelmäßige Maßnahmen, wie Mahnwachen, Verteilen von Flugblättern und Schriften das Problem angeht. Wir werden auch in Einrichtungen wie beispielsweise das Katholische Bildungswerk einfach hineingehen und dort knallhart unsere Meinung vertreten. Wir wollen auch Kontakte zu anderen knüpfen, um zu sehen, wo wir noch effektiver arbeiten können. Die Basis ist da, und wir haben auch gute Ziele vor Augen.

AntifaZ: Aleks, herzlichen Dank für das Gespräch und alles Gute, vor allem auch körperliche und psychische Erholung, für die Zukunft

Einige Worte zum Alptraum

Eines Nachts schlief ich nach einem harten Arbeitstag ein. Nach einer Weile, genau kann ich das nicht bestimmen, stand ich in einer Stadt, die aber schon längst keine mehr war. Auf den Straßen lagen tote Menschen, ihre Gesichter waren weiß oder sogar bei einigen blau, die Stadt war völlig zerstört. Die Soldaten gröhlten im Suff, über ihr Werk des Todes schienen sie zufrieden. Sie sagten mir, hier gäbe es nunmehr kein Kurdistan. Ich ging betroffen meines Weges und traf auf ein mit Stacheldraht abgegrenztes Areal, Männer, bis auf die Knochen abgemagert, starrten mich hilfessuchend an, doch im gleichen Augenblick kamen Soldaten mit langen Bärten, sie krallten sich den Jüngsten von ihnen und erschossen ihn, weil er mit mir reden wollte. Der Mörder erklärte mir, daß man in einem serbischen Lager nicht ohne die Erlaubnis eines serbischen Herrenmenschen mit einem Ausländer sprechen

dürfe. Der Kopf des Mannes, der dreißig Sekunden vorher noch lebte, war nun bis zur Unkenntlichkeit zerschossen. Mit der Flasche Slibowitz in der Hand erklärte mir der Kommandant ferner, daß es sich hier nur um einen Moslem handele, ich sollte mir also keine Sorgen machen, mit den Menschenrechten habe man es in Serbien traditionell schon immer sehr ernst genommen. Gerade habe man auch einen vierzehnjährigen Albaner erschossen, wegen Befehlsverweigerung! Der Unverschämte habe sich doch tatsächlich geweigert, das Versteck seines zuvor geflüchteten Vaters preiszugeben. Das habe er nun davon! Schweißgebadet fand ich mich einige Augenblicke später in meinem Bett wieder. Gottseidank, nur ein Alptraum, dachte ich erleichtert. Ich machte den Fernseher an, man meldete, wie fast jeden Tag, daß wieder große Teile Sarajevos unter Beschuß

wurden. Kalt registrierte ich die Gesichter der Toten in den Nachrichten, sie kamen mir nur irgendwie bekannt vor, als hätte ich sie bereits zuvor gesehen oder gekannt....

(Aleksandar Gjok Berisha, Vorwort zu seinem Gedichtband "Alptraum")



Nach langer Abstinenz ab Sommer 95 regelmäßig:

UNVIEH AUFGETAUCHT!
Unfassba Nr.16/17 ist da!

80 Seiten unfassbarer Rückblick, Kraaken in Holland, Antipädagogik, Anarchie, "wie ich mal bei der raf war" und die Folgen, Satire, Hütten-dörfer, Spaßgerillja, Gramsci, Staliiihhhn, Knast, Antifa, TKDV, Comic, Volkssport, Repression, HoPo, Lyrik, Rezensionen,...

für außerirdische 6 BriefMark im doppelten Umschlag an:

POSTBUS 85306, 3508 AH Utrecht, Niederlande.

Innerer Umschlag: "NIX".

Abo: 30 Schleifen.

Wiederverkaufsabatt: 30%.

ALTER UND NEUER FASCHISMUS IN ÖSTERREICH

TEIL I

Wolfgang Purtscheller, AUFBRUCH DES VÖLKISCHEN

Das braune Netzwerk

1 Kontinuitäten und andere Anfänge

"Die Trümmer, die das dutzendjährige Reich des gebürtigen Braunauers Adolf Hitler hinterlassen hat, rauchten noch, als sich die ersten "alten Kameraden" daran machten, die "Bewegung" neu zu organisieren.. Trotz anfänglichen Widrigkeiten, die vor allem in zu Recht argwöhnischen Besatzungsmächten bestanden, gab es genügend Unbeirrbarere, die weiterhin unverdrossen ihrem rassistischen Wahn vom "Herrenmenschentum" frönten. Und wenn sich unter den 668.000 österreichischen NSDAP-Mitgliedern unzählige Karrieristen, Profiteure und Wendehälse befanden, so stellte dieses Potential doch von Anfang an vorrangig einen Attraktionspool für die drei im Parlament vertretenen, "lizenzieren" Parteien ÖVP, SÜÖ und KPÖ dar.

Immerhin: Jeder vierte Österreicher war "dabei" gewesen." (S. 21)

"1938 waren allein in Wien 70.000 jüdische Wohnungen und 25.000 jüdische Unternehmen, von Großbetrieben wie der "Ottakringer Brauerei" über die Privatbank bis zum Zeitungsstand "arisiert" worden."(S. 22)

Zur "Entnazifizierung":

"Zwar wurden bis zur Aufhebung des gleich nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus beschlossenen Kriegsverbrechergesetzes im Jahre 1957 gegen 130.000 Österreicher Verfahren eingeleitet, doch nur 23.000 davon endeten mit einem Urteil, und bloß 13.000 (also nur 10 %) mit einem Schuldspruch. Selbst diese Zahlen trügen. Denn von den 28 vollstreckten Todesurteilen erfolgten die meisten nach dem Strafrecht, nur in vier Fällen wurde das Kriegsverbrechergesetz angewandt Das nimmt um so mehr wunder, als die Österreicher gerade unter den Kriegsverbrechern und am Holocaust Beteiligten überproportional vertreten waren: Einem Bevölkerungsanteil von 10 % der Einwohner des "Deutschen Reiches" stand eine Ostmärker-Beteiligung an den nationalsozialistischen Staatsverbrechen von an die 50 % gegenüber. (S. 22)

"Auch das am 6. Februar unter sanftem Druck der Alliierten beschlossene NS-Verbotsgesetz erwies sich schon damals als fragwürdig. Es enthielt einen Paragraphen, der den regierungspflichtigen ehemaligen Nazis die Möglichkeit bot, durch ein Lippenbekenntnis zu Demokratie und Unabhängigkeit Österreichs einen "Persilschein" zu ergattern - die große Mehrzahl der "Ehemaligen" nutzte das schamlos aus." (S. 23)

"Im Februar 1949 wurde der *Verband der Unabhängigen* (VdU), eine Vorläuferorganisation der FPÖ, zugelassen." (S. 23)

Er wurde das Auffanglager für jene Ehemaligen, die sich nicht in den Großparteien oder der *Nationalen Liga* der KPÖ eingerichtet hatten.

Bei den Nationalratswahlen 1949 erreichte der VdU auf Anhieb 489.273 Stimmen (12 %) und damit 16 Mandate,

So gestärkt, gingen die "Nationalen" daran, auch auf Wiederezulassung ihrer "Traditionsverbände", sprich Massenorganisationen, zu drängen.

So wurden schon 1952 die Kameradschaftsbünde und der *Österreichische Turnerbund* (ÖTB) wieder zugelassen. Der ÖTB trat offiziell das Erbe des *Deutschen Turnbundes* an, ihm wurden - sozusagen in staatlicher Anerkennung der Rechtsnachfolge - dessen Immobilien übereignet. Letzteres sorgte im Ausland für ziemliche Aufregung, denn u.a. hatten sich auch die nationalsozialistischen Putschisten vom Juli 1934 in einer Turnhalle des *Deutschen Turnbundes* getroffen, bevor sie loszogen, um den Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zu ermorden.

Im Staatsapparat war de facto nur die oberste Beamtenschicht ausgetauscht worden. Auch ohne die Nazi-"Goldfasane" lief alles weiter wie am Schnürchen. Die unzähligen Anekdoten von den braven Staatsdienern, die während ihrer Laufbahn nacheinander dem guten alten Kaiser, der Ersten Republik, dem austrofaschistischen Ständestaat, den Nazis, den alliierten Besatzern und schließlich der Zweiten Republik den "unverbrüchlichen Treueid" geleistet hatten, sind traurige Wirklichkeit.

Souceks "Werwölfe"

Der erste spektakuläre Fall nationalsozialistischer Wiederbelebung ereignete sich 1947 in Graz und ging als "Affäre Soucek" in die Geschichte ein. Soucek war, auch in wolkiger Umschreibung, den anderen Neonazis um gute 40 Jahre voraus:

Die nationalsozialistische Weltanschauung ist die einzig wahre Lebensform aller Deutschen, ihre Richtigkeit ist in diesem Krieg nicht etwa widerlegt, sondern durch den beispiellosen Einsatz des ganzen Volkes bestätigt worden. Sie lebt auch heute in ungezählten Nationalsozialisten weiter. (...)

Folgende Erkenntnisse müssen hier verwirklicht werden:

1. Unsere Führungsfehler liegen in der Halbheit unserer Revolution. Wir haben die Tiefe unserer Idee weder erkannt noch verwirklicht, daher glaubten wir mit Bürgerlichen, Klerikalen, Reaktionären und Indifferenten Politik und Krieg führen zu können. Die Erkenntnis dieser Führungsfehler ist wahrhaftig der erste Schritt zur Rettung unseres Volkes
2. Da die Angloamerikaner, auch wenn sie mit uns gegen den Bolschewismus kämpften, ein Verbot der NSDAP fördern werden, ist die sofortige Organisation einer illegalen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei notwendig." (S. 26).

"Zwar setzte es 1949 ein augenzwinkerndes Todesurteil, aber das wurde kurz darauf auf dem Gnadenweg in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. Nach drei Jahren Haft wurde der Wegbereiter des Neo-Nationalsozialismus amnestiert." (S. 26)

"Ein demoralisierter Halbintellektueller"

Im österreichischen Internierungslager Glaserbach riefen die Kameraden die Fluchthilfestruktur *Die Spinne* ins Leben. Ein führendes Mitglied der *Spinne* hieß *Erich Kernmayer* (1906-1991), der seine Bücher mit dem Pseudonym *Erich (Knud) Kern* signierte.

In den zwanziger Jahren war Kern Mitglied der *Sozialistischen Arbeiterjugend*, des **Kommunistischen Jugendverbandes** und der KPÖ gewesen. Die NSDAP schrieb am 26.7.1932 eine "Warnungskarte" mit folgendem Vermerk aus: "(Kernmayr) gibt sich bald als Student, Kaufmann oder Hilfsarbeiter aus und behauptet, der NSDAP anzugehören. Ist polizeibekannter Kommunistenführer und ist KPD-Spitzel."

Allerdings war Kernmayr zu diesem Zeitpunkt längst Mitglied der rechtsradikalen Jugendorganisation *Sturmvolk*.

1936 hatte Wendehals Kernmayr endgültig den Wechsel ins faschistische Lager vollzogen, in diesem Jahr publizierte er eine Hetzbrochüre mit dem Titel "Spanien in Flammen", in der es hauptsächlich um die Diffamierung des republikanischen Widerstands gegen den Franco-Faschismus ging.

Am 1. Mai 1938 wurde Kernmayr NSDAP-Mitglied (Mitgliedsnummer 6 220 362). Hinfür firmierte er als "Dr. Erich Kern", er wurde Chef vom Dienst der Wiener Zeitung DEUTSCHER TELEGRAF. Er machte schnell Karriere, wurde 1940 im Saarland "NSDAP-Gaupropagandaleiter", meldete sich zu Waffen-SS, kam zur Division *Das Reich* und brachte es zum "Sturmbannführer" (= Major).

Zwischen 1945 und 1947 rief Kernmayr den *Gmundener Kreis*, einen Trutz- und Schutzverband von Altnazis, ins Leben.

1947 wurde Kernmayr aus Glasenbach entlassen, er ging nach Salzburg, wo ihm der amerikanische Geheimdienst Papiere auf den Namen "Dr. Schwarz" ausstellte.

Rastlos warf er nun eine Rechtfertigung des NS-Systems nach der anderen auf den Markt.

Bei der Gründung und Zulassung des VdU war Kernmayr gemeinsam mit *Viktor Reimann* und *Herbert Kraus* dabei. Außerdem mit von der Partei: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer und führende Mitarbeiter des "Sicherheitsdienstes" (*Georg Wilhelm Hoettl* (* 19.3.1915), Geheimagent und Kaltenbrunner-Mitarbeiter Hoettl war unter anderem führend an jenen großangelegten Geldfälschungsaktionen beteiligt gewesen, mit denen die SS gegen Ende des Krieges hoffte, die Währungsordnung der Alliierten erschüttern zu können. ("Operation Bernhard").

1950 warf Hoettl unter dem Pseudonym "Walter Hagen" einen Reißer über das Innenleben des SD auf den Markt: "Die geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes", erschienen im - nomen est ommen - "Nibelungen-Verlag, Linz und Wien".

1950 verlegte Kernmayr den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in die BRD. Er wurde erster Chefredakteur der berühmtesten DEUTSCHEN NATIONALZEITUNG. 1952 unterstützte er die verbotene *Sozialistische Reichspartei* des ehemaligen Hitler-Leibwächters *Ernst Remer*, im selben Jahr wurde er "Schriftleiter Österreich" der heute noch führenden "neurechten" Postille NATION EUROPA des ehemaligen SS-Sturmbannführers *Arthur Ehrhardt*. Später galt seine Liebe der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD). Gleich nach der Gründung 1964 wurde Kernmayr zum Herausgeber der DEUTSCHEN WOCHENZEITUNG bestellt.

"Das Narbengesicht"

Ein alter Bekannter, dem das Odium des "Helden" anhaftete, war der 1908 in Wien geborene *Otto Skorzeny*, der als "Mussolini-Befreier" in die Geschichte einging. Schon 1930 war der studierte Ingenieur der NSDAP beigetreten. Nach dem "Anschluß" nahm ihn der aus Ried im Innkreis stammende Organisator des Holocaust, der SS-Gruppenführer (= Generalleutnant) *Ernst Kaltenbrunner* (1903 - 1946) unter seine Fittiche. SS-Standartenführer Skorzeny kommandierte in der "Reichkristallnacht" vom 9. November 1938 die Zerstörung von fünf Wiener Synagogen. 1940 trat er der "Leibstandarte Adolf Hitler" bei und kümmerte sich um eine Sabotageeinheit mit dem Decknamen "Oranienburg". 1943 erteilte das "Narbengesicht" der "Führer"-Befehl, den von der Badoglio-Regierung nach der italienischen Kapitulation auf dem Gran Sasso-Massiv festgesetzten "Duce" Benito Mussolini zu befreien. Am 12. September 1943 glückte der Handstreich, Mussolini und Skorzeny konnten nach Wien fliehen.

Am 20. Juli 1944 war Skorzeny gerade rechtzeitig in Berlin, um eine SS-Sondereinheit zum Schutz des "Führers" zu organisieren.

Am 19. April 1945 schlug Skorzeny noch einmal zu, sein SS-Jagdkommando radierte den tschechischen Ort Plostina aus. 27 Einwohner wurden liquidiert, das Dorf dem Erdboden gleichgemacht..

Am 15. Mai 1945 wurde er von den Amerikanern verhaftet, vor ein Militärgericht in Dachau gestellt, konnte aber dem Internierungslager entfliehen und sich ins faschistische Franco-Spanien absetzen.

1951 eröffnete S. in Madrid eine Import-Firma, zu deren Florieren wesentlich beitrug, daß er unter anderem die Generalrepräsentanz der verstaatlichten österreichischen VÖEST (vormals Hermann-Göring-Werke) für Spanien und Lateinamerika innehatte. Gleichzeitig lief gegen ihn in Österreich ein Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen (!).

Doch die Verfahren "schliefen ein":

In der BRD schon Mitte der 50er Jahre, und in Österreich beschloß das Landesgericht Wien am 8. November 1958, die Ermittlungen einzustellen.

S. hielt seinen spanischen Wohnsitz bis zu seinem Tod bei und kümmerte sich um die *Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen*, eine Nazi-Lobby, die unter dem Kürzel ODESSA in die Trivilliteratur einging und mit der *Spinne* weitgehend identisch ist.

1960 leitete er eine noch heute nachwirkende strategische Weichenstellung ein, indem er die spanische Nazi-Truppe *Circulo Espanol de Amigos de Europa* CEDADE (= Spanischer Kreis der Freunde Europas) mitbegründete.

Die CEDADE, eine äußerst wohlhabende Scharnierorganisation der europäischen Neonaziszene, richtete 1989 die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des "Führers" aus.

Heute sorgt die CEDADE dafür, daß die beiden wegen Wiederbetätigung verurteilten "Schriftleiter" der österreichischen Nazi-Hetzblätter SIEG und HALT, *Walter Ochsenberger* und *Gerd Honsik* im sonnigen Exil nicht gerade hungern müssen.

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS

Am 7. April 1956 wurde nach mehreren Spaltungen aus dem Zusammenschluß der Rest-VdU mit "Ehemaligen" die *Freiheitliche Partei Österreichs*.

Zum ersten Vorsitzenden der FPÖ wurde mit *Anton Reinthaller* (1895-1958) bezeichnenderweise der frühere Landwirtschaftsminister des nationalsozialistischen "Anschluß-Kabinetts" Seyß-Inquart gewählt.

Der von den Ex-Nazis um Reinthaller abgesägte ehemalige VdU-Vorsitzende Herbert Kraus fand nach dem Gründungsparteitag immer noch aktuell anmutende Worte über die neue Partei:

"Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme von einem kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern ... Ich hatte nie eine Nachfolgeorganisation der NSDAP gründen wollen, sondern eine allgemeine, vornehmlich soziale Erneuerungsbewegung, die mit besonderem Nachdruck für jene eingetreten ist, die nach 1945 unter die Räder gekommen sind...Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von "Absage an den Extremismus" und "Partei der Mitte" entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung..."

Reinthallers Nachfolger wurde *Friedrich Peter*, Mitglied der (illegalen) Hitlerjugend seit Anfang 1938, Angehöriger der *1. SS-Infanteriebrigade*, einer sogar innerhalb der staatlich lizenzierten Mörderbande SS herausragend brutalen Killereinheit, die in der besetzten Sowjetunion zigtausende Unschuldige niedermetzelte.

Ende des Krieges hatte Peter es zum Kommandanten einer Panzerkompanie gebracht.

Mit der FPÖ-Gründung hatten Österreichs Ehemalige einen entscheidenden strategischen Schritt nach vorne getan. Sie schufen sich schon 1956, woran das *National-Freiheitliche* der BRD noch heute werkelt: eine einheitliche, im Parlament vertretene Partei. Während in Deutschland Republikaner, Deutsche Volksunion, Deutsche Liga für Volk und Heimat und Nationaldemokratische Partei Deutschlands um die Vorherrschaft raufen, hat sich die FPÖ als legaler Arm des "nationalen Lagers" längst durchgesetzt.

Der "erste" Tote

Am 23. März 1965 übertrug der ORF eine Pressekonferenz mit Taras Borodajkewycz (1902 - 1984), der seine Karriere 1932 als Sekretär des *Allgemeinen Deutschen Katholikentages* gestartet hatte. Aber schon 1934 war er Mitglied der illegalen NSDAP geworden.

Seine Aktivitäten wären im Nachkriegsösterreich nicht aufgefallen, hätte sich der 1955 zum a.o. Professor an der Hochschule für Welthandel bestellte B. nicht von der Lehrkanzel herab einer exzessiv "antisemitischen Sprechweise" (so lautete der gängige Euphemismus) befleißigt.

Bei der angesprochenen Pressekonferenz bekannte sich der unbelehrbare Universitätsprofessor offen zu seiner NS-Vergangenheit, zusätzlich ließ er sich in alter Tradition über Juden aus.

Am 31. März kam es dagegen zu einer Protestdemonstration. RFS und Burschenschaften mobilisierten zur Gegendemo. Unter den Augen der Polizei fielen sie unter Rufen wie "Proleten raus", "Juden raus" und "Hoch Auschwitz" über die antifaschistische Kundgebung her. Einer von ihnen, der als Rechtsextremist bekannte Günther Kümel, erschlug am Eingang des Hotels "Astoria" in der Wieder Innenstadt den 65jährigen Kommunisten und Antifaschisten *Ernst Kirchweger*.

Über den Totschläger und Honsik-Kumpan Kümel gelangen wir direkt zum Südtirol-Terrorismus.

Dabei stellen wir fest, daß das oft verbreitete Märchen, das Kümel-Opfer Kirchweger sei "das erste und einzige Opfer rechtsextremer Gewalt der 2. Republik", eine weitere fromme Geschichtslüge made in Austria ist.

Längst waren andere Unschuldige dem Terror österreichischer rechtsextremisten zum Opfer gefallen.

Schauplatz ist Südtirol.

SÜDTIROL BLEIBT DEUTSCH

Volkstümelnde Südtiroler um das ehemalige Mitglied der *Südtiroler Volkspartei* (SVP), *Josef "Sepp" Kerschbaumer*, den Innsbrucker Journalisten *Wolfgang Pfaundler*, den damaligen EXPRESS-Chefredakteur und späteren ORF-Generalintendanten *Gerd Bacher* und den Wiener Zeitungszar *Fritz Molden* heizten unter der Parole "Todesmarsch der Deutschen in Südtirol" ein rechtsextremistisches und revanchistisches Klima an.

1959 wurde der *Befreiungsausschuß Südtirol* (BAS) gegründet, eine anfänglich katholisch-konservative Gruppierung, die das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol und den Anschluß an Österreich forderte.

Die Neonazis und Rechtsextremisten blieben - im Gegensatz zum Inhalt ihrer Legenden - anfänglich im BAS außen vor. Ihr Sprecher, der Innsbrucker Universitätsassistent und Burschenschafter *Norbert Burger*, stand nicht an der Wiege des BAS

Aber Burger sah seine Stunde nahen. Im Dunstkreis der schlagenden Burschenschaften, der Wiener *Olympia* und der Innsbrucker *Brixia*, aber auch im *Bund Heimattreuer Jugend* fand er das "passende Menschenmaterial".

"Krieg der Masten"

Nachdem es in den 50er Jahren immer wieder einzelne Bombenattentate gegeben hatte, kam es in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 zur "notte dei fuoci" (= Feuernacht). 37 Strommasten jagte der BAS in die Luft, in großen Teilen Südtirols brach die Stromversorgung zusammen. Auch in Oberitalien wurden sieben von neun Überlandleitungen zerstört.

Schon die "Feuernacht" forderte ein erstes Todesopfer: ein 67jähriger Straßenwärter aus Salurn wurde von einer zu spät entdeckten Bombe zerrissen.

Am 10. Juli legte der BAS noch einmal nach, jagte Bahnmasten internationaler Strecken in die Luft - eine Vorwegnahme der mörderischen Zugattentate italienischer Faschisten in den 70er und 80er Jahren -, am 12. Juli wurde in der "kleinen Feuernacht" noch einmal zugeschlagen, acht Strommasten in die Luft gesprengt.

Schon am 18. Juli saß allerdings der Großteil des Südtiroler BAS hinter Gittern. Die italienische Polizei griff zu bestialischen Foltermethoden.

Jetzt kam die Stunde des Burschenschafter-Kreuzzuges Marke Burger und Co. Unterstützt von Mitgliedern der Erlanger Burschenschaft *Germania*, exportierten sie den Terror nach Italien und sorgten so - Strategie der Spannung - für weitere Eskalation. Allerdings verliefen die meisten Anschläge dermaßen dilettantisch, daß zwei von drei Kommandos hauptsächlich sich selbst schädigten. Den Wahnwitz bezahlen mußten jene Südtiroler, die der italienischen Polizei wehrlos ausgeliefert waren: Bis Anfang Januar 1962 starben zwei gefolterte BAS-Mitglieder.

Krieg der Terroristen

Nur wenige der ursprünglichen BAS-Mitglieder vollzogen den deutsch-nationalen Schwenk mit. Unter ihnen war der Passeirer Schützenmajor *Georg Klotz*. Seine Tochter *Eva Klotz* sitzt heute für den *Südtiroler Heimatbund*, nunmehr *Union für Südtirol*, im Landtag.

Obwohl inzwischen die Autonomierechte für die Südtiroler weitgehend verwirklicht sind, wird der "Kampf" gegen Rom fortgesetzt, die Neonazis ließen es nicht bei drei unschuldigen Opfern bewenden:

Bei über 20 Anschlägen wurden allein zwischen 1957 und 1960 über 30 Menschen getötet, mitgerechnet die, die bei der Polizei unter der Folter starben.

DAS LOCH NS VON OFFENHAUSEN

Alljährlich seit 1963 gibt sich die kulturelle "Elite" der Völkischen Ende April/Anfang Mai in einer kleinen Marktgemeinde westlich von Lambach in Oberösterreich ein Stelldichein. Ziel der makabren Wallfahrt ist eine auf einem Hügel über dem verschlafenen Provinznest Offenhausen errichtete "Gedenkstätte". Die zurückhaltende WIENER ZEITUNG nannte das Germanen-Monument einst schlicht das "Loch NS von Offenhausen". Bei den Honoratioren der rechten Szene heißt das Monument *Dichterstein Offenhausen*.

Umgeben ist das zwischen 1963 und 1968 errichtete "Monument" von einer steinernen Brüstung, in die im Lauf der Zeit Ziegelsteine mit Namen von 441 garantiert reinrassig arischen Dichterfürsten eingemauert werden mußten - selbstverständlich in Fraktur. Links und rechts vom Ausgang wird das Tor zur Kultstätte von zwei gewaltigen steinernen Germanenschilden flankiert, in welche die Namen der deutschen Dichterfürsten Goethe und Schiller eingemeißelt sind. Über dem Tor ist in Auschwitz-Styling eine Schrifttafel mit dem Spruch "Wer den Geist verrät, verrät sein Volk" (der Spruch stammt von dem "deutschen Dichter" Erwin Guido Kolbenheyer. Durch das Tor geht man zehn Stufen hinauf, in welche die Schlagworte der Szene eingelassen sind:

"Deutsches Volkstum - Friede", "Freundschaft - Mut", "Tapferkeit - Einsatzfreunde", "Ahnenehrung - Gesittung", "Soldatentum - Trotz", "Kameradschaft - Heldentum", "Sippenreinheit", "Gläubigkeit - Heimat", "Gefolgschaftstreue - Opfersinn", "Muttertum".

Die "Offenhausener Begegnungen" laufen nach immer gleichem Ritual ab: Der erste Teil der Veranstaltung findet im Wirtshaussaal statt. Da werden zuerst die neuen "Dichtersteinnamensträger verkündet.

Anschließend gehts hinauf zum "Stein". Dort wird am Joseph-Hieß-Gedenkstein ein Kranz niedergelegt. Sodann werden die neuen Gedenksteine enthüllt und volkstreu Passagen aus dem Schaffen der jeweiligen Verkannten zum Besten gegeben.

Die Enthüllung des Dichtersteins vollzog *Dr. Fritz Stüber*, neben Kernmayr und Skorzeny der absolute Promi des österreichischen Nachkriegs-Rechtsextremismus. Nebenbei verfaßt er Lyrik von dieser Art:

"Mein Führer, Du! In allem, was ich denken
Und gläubig schau'n und mutig schaffen darf,
Steht erst Dein Bild und weiß mich gut zu lenken
Und hält mein Schwert und meine Sinne scharf.
Mit Deinem Willen wundersam verwoben
Ist stets die Treue unser Wappenzier.
Ich will aufs neue Deinem Bild geloben.
Mein Führer. Du! Befehl! Ich folge Dir!"

ECKARTBOTE DEUTSCHER KULTUR- UND SCHUTZARBEIT

1959 gründete Stüber den ECKARTBOTEN, dessen Schriftleiter er bis zu seinem Tode blieb.

Der ECKARTBOTE wird von der *Österreichischen Landsmannschaft* herausgegeben, einer der wichtigen und einflußreichen Dachorganisationen des deutschnationalen und rechtsextremen Lagers. Ihr besonderes Steckenpferd sind "unterdrückte" deutsche Minderheiten, ob auf dem Gebiet der ehemaligen SU, in Kanada, Elsaß-Lothringen oder "der deutschen Sprachinsel Bielitz-Biala".

Der Name EB stammt übrigens nicht von dem "Getreuen" (Obwohl im Vorkriegs-Wien eine illegale NS-Zeitschrift DER GEREUE ECKART hieß), sondern vom Hitler-Intimus und Nazi-Literaten *Dietrich Eckart*. Eckart war es, der 1918 den Schlachtruf *Deutschland erwache!* erfunden hat.

Der junge Hitler verehrte den "visionären Dichter und Seher" Eckart als "Vater und Lehrer". Folgerichtig war Hitlers "Mein Kampf" dem 1923 an den Folgen seiner exzessiven Sauferei verstorbenen Eckart gewidmet.

"KEINE LEKTÜRE FÜR BONZEN UND PARASITEN"

Zu den beliebtesten Selbstdarstellungsmaschen des rechtsextremen Milieus gehört es, permanent in der Rolle des von finsternen, meist "ausländisch gesteuerten" Mächten Verfolgten hausieren zu gehen. Seit 1945 seien Zeiten "tiefster völkischer Not", Zeiten der "Lüge und der Niedertracht" über die "Aufrechten und Getreuen", also die Volkstreuen, hereingebrochen. Das Verbotsgesetz, eine "im Solde Israels stehende Justiz" und eine "von ausländischen Minderheiten gekaufte Presse" verhindern, daß sich die strammen Recken überhaupt artikulieren könnten.

Eine Gruppierung, die sich perfekt auf diese Masche versteht, nennt sich momentan *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP).

Die AFP hat eine wichtige integrative ideologische Funktion im österreichischen Rechtsextremismus, ist Verbindungsstelle zu ausländischen Rechtsextremisten. Eine derart um Menschenrechte bemühte Vereinigung muß sich selbstverständlich im deutschsprachigen Ausland um würdige Vertreter kümmern. In der BRD repräsentiert zur Zeit eine gewisse *Karin Manke*. Sie unterhält im niedersächsischen Bassum dasselbe Postfach wie der 63jährige, einschlägig bekannte *Alfred Manke*, dessen *Deutsches Arbeitszentrum* früher als bundesrepublikanisches AFP-Aushängeschild fungierte. Als Mitinitiator des *Arbeitskreises Volkstreuer Verbände* (AVV), seit 1967 war er im *Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes* (BRD-Version) tätig.

Ende Oktober 1970 fand in Würzburg ein "Widerstandskongreß" statt, den die NPD maßgeblich förderte, Manke war dabei.

"Veränderungen in Mitteldeutschland"

Am tollsten treiben es die AFPler anläßlich ihrer alljährlich stattfindenden "Politischen Akademien", bei denen sich rechtsextreme Prominenz aus allen deutschen Gauen ein Stelldichein gibt.

Bei der 26. Politischen Akademie der AFP vom 11. - 13. Oktober 1991 in Weyer (Oberösterreich) war einer der Referenten zum Thema "Die Veränderungen in Mitteldeutschland aus nationaler Sicht" ein Mann namens *Thomas Dienel*. Dienel kommt aus einer Gegend, die bei AFP und Konsorten als "Ostzone" firmierte. Der Thüringer Dienel hatte sich einst zum FDJ-Sekretär in Weimar aufgeschwungen.

1989, als der "Antifaschistische Schutzwall" gefallen war, trat er aus der SED aus und konvertierte zur obskuren *Deutschen Sexliga*, zu deren Landesgeschäftsführer er im Sommer 1990 bestellt wurde.

Bereits im Sommer 1990 sagte er allerdings dem Sex ade und wurde "Landesgeschäftsführer" der NPD, am 7. Oktober 1990 auch in seinem neuen Amt bestätigt.

In der NPD hielt es ihn auch nicht lange, sie war ihm zu lasch. So wechselte er kurzfristig zur *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* (GdNF), die sich ihm über den österreichischen VAPO-Führer *Gottfried Küssel* offenbarte.

Anfang 1992 gründete Dienel eine (an Kühnens GdNF nur lose angelehnte) *Deutsche Nationale Partei*, die sich einzig dadurch auszeichnete, daß sie im August 1992 beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch die Dorfpolizei im thüringischen Rudolstadt mit einer - wie die Landespolizei nachher verlauten ließ - gefälschten Demonstrationsbewilligung zu beeindrucken verstand.

Am 9. Dezember 1992 verurteilte ihn das Landgericht Rudolstadt/Thüringen wegen Volksverhetzung zu zwei Jahren und acht Monaten Haft.

Ein Kritiker am Krieg gegen die Armen in den USA soll gemordet werden

Vor rund 13 Jahren wurde der afro-amerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal ohne Beweis wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Wiederaufnahmeverfahren wurden immer wieder verweigert.

Am 1. Juni unterzeichnete der rechtsgerichtete Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, den Hinrichtungsbefehl zur Vollstreckung der Todesstrafe gegen Jamal. Ridge setzte den Zeitpunkt auf Donnerstag, den 17. August, um 22 Uhr fest.

Der Gouverneur kam damit den Anwälten Jamals zuvor, die am 5. Juni einen erneuten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt haben, mit dem sie Jamal eine Perspektive zu einem fairen Prozeß eröffnen wollen.

In dem über 300 Seiten starken Antrag des Teams um den Bürgerrechtsanwalt Leonard Weinglass werden detailliert Fehler bei den Ermittlungen und Manipulationen des Prozesses nachgewiesen. Gleichzeitig stellten die Anwälte Anträge auf Aufhebung des Hinrichtungsbefehls und einen Befangenhitsantrag gegen den zuständigen Richter Albert Sabo, der sich wegen seiner Neigung, Todesurteile zu fällen, bereits einen Namen gemacht hat.

Gouverneur Ridge führte mit seiner Unterschrift unter den Hinrichtungsbefehl seine im Wahlkampf versprochene Linie fort, Todesurteile zügig vollstrecken zu lassen, um so

zu den von den Republikanern geforderten Sparmaßnahmen beizutragen. Denn zum Tode Verurteilte werden



Mumia Abu-Jamal

von Leuten seines Schlages nicht mehr als Menschen, sondern als kostenaufwendige Altlast betrachtet, deren man sich möglichst rasch entledigen muß. Am 2. Mai ließ Ridge den weißen Gefangenen Keith Zettlemover hinrichten, der nach 14 Jahren Todeszelle keine Kraft zur Gegenwehr mehr hatte und auf alle weiteren Rechtsmittel verzichtete. Diese Hinrichtung war die erste in Pennsylvania nach über 30 Jahren.

Schon vor dem Hinrichtungsbefehl gegen Jamal, im Januar dieses Jahres, war dieser in das Zuchthaus SCI Greene verlegt worden. Dort wurde von der Gefängnisleitung

gesetzwidrig die Anwaltspost geöffnet, gelesen und kopiert; dem Anstaltsleiter wichtig erscheinende Papiere zur Prozeßstrategie wurden dem Generalstaatsanwalt zur Auswertung zugeleitet. Auf entsprechende Beschwerde der Anwälte hin wurde ihr Mandant "wegen Verstoßes gegen die Anstaltsordnung" unter Isolationshaft gesetzt, weil er durch die Veröffentlichung seines Buches den Knast in ein "Business" verwandelt habe. Selbst engste Angehörige dürfen ihn seither nicht mehr besuchen, sondern nur noch seine Anwälte.

Der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls gegen Jamal ging eine beispiellose Hetzkampagne voraus. Unmittelbarer Anlaß war die Veröffentlichung eines Buches von Jamal, "Live from Death Row" (= Live aus dem Todestrakt), einer Sammlung von 49 Essays, in denen sich der Autor mit Rassismus und Ungerechtigkeit, dem Leben im Gefängnis, der Todesstrafe und der gegenwärtigen reaktionären Entwicklung in den USA auseinandersetzt. Das Buch soll einem Kritiker Gehör verschaffen, den die Behörden mit dem Todesurteil vor 13 Jahren zum

Schweigen zu bringen hofften. Das Buch soll ein Zeichen setzen gegen die unmenschliche Todesstrafe allgemein und für Jamals Kampf um einen neuen und fairen Prozeß im besonderen. (Eine deutsche Übersetzung

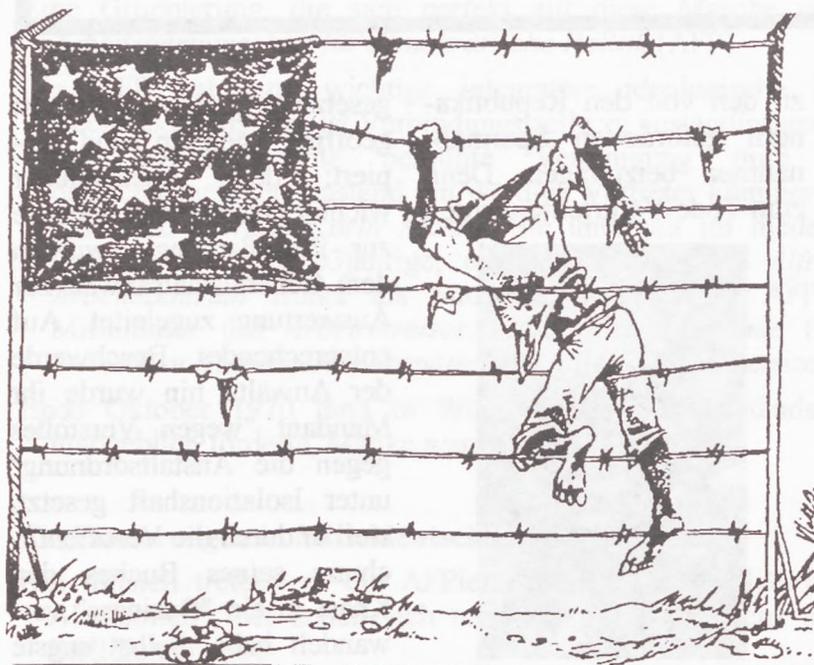
deutschen Fernsehen (in der ARD-Sendung "Kulturreport") empört über die Buchveröffentlichung und sagte wörtlich, um seine Forderung nach baldiger Hinrichtung Jamals zu unterstreichen:

Addison-Wesley-Verlages, der Jamals Buch herausgebracht hat, mit einem Flugzeug kreiste, das hinter sich ein Spruchband herzog: "Dieser Verlag bezahlt Cop-Killer!". Sie ruft zu einem Boykott des Verlages auf und setzt Politiker Pennsylvanias unter Druck.

Die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls kann man also durchaus als Rache dafür verstehen, daß Jamal nach einem manipulierten Prozeß und über zehn Jahren Einzelhaft, Schikanen und Demütigungen in der Todeszelle immer noch nicht gebrochen ist und seine Würde und Identität bewahrt.

Die Hinrichtung kann verhindert werden. Die juristischen Schritte und Bemühungen sind eine Sache. Sie können nur Erfolg haben, wenn sie von massiven öffentlichen Protesten begleitet sind. Jeder Mensch, der dies liest, ist aufgefordert, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten daran zu beteiligen, Kräfte zu mobilisieren, um den Verantwortlichen in den USA deutlich zu zeigen, daß dieser geplante Justizmord auch hier Empörung hervorruft. Dieser Protest muß sich zunächst auf den Richter Sabo konzentrieren, der über die Wiederaufnahme zu entscheiden hat. Weiterhin muß er sich an Gouverneur Ridge richten, der den Hinrichtungsbefehl jederzeit zurücknehmen kann.

In den USA hat sich u.a. das Committee to Save Mumia Abu-Jamal gebildet, dem prominente Persönlichkeiten beigetreten sind, so z.B. die



Karikatur aus: A. Kühler, Chicanos und mexikan. Arbeitsmigranten in den USA

bereitet der Verlag Agipa-Press Bremen vor.)

Daß Jamal sich derart öffentlich zu Wort meldete und selbstbewußt und kämpferisch gegen Rassismus und Todesstrafe auftrat, provozierte die reaktionäre Kampagne gegen ihn. Das Buch wurde diffamiert, der Verlag bedroht, und die Witwe des Polizisten, der angeblich von Jamal getötet wurde, trat in zahlreichen Talkshows auf, um die öffentliche Meinung gegen Jamal zu mobilisieren. Ein Landespolitiker Pennsylvanias (der der Clinton-Partei angehört) äußerte sich im

"Aber er wird damit nicht durchkommen. Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt - für das eine wie das andere wird er büßen."

ine gut koordinierten Kampagne mit dem Ziel der Hinrichtung Jamals betreibt die Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) des US-Staates Pennsylvania, die zu diesem Zweck andere Polizeigewerkschaften der USA in ihre Kampagne einbezogen hat und z.B. Anfang Mai über dem Verlagshaus des

SchauspielerInnen Whoopi Goldberg, Ed Asner und Ossie Davis. Auch der Sänger Harry Belafonte hat sich für Jamal engagiert. Organisationen wie Amnesty International und die Internationale PEN-Vereinigung setzen sich für Jamal ein.

Zur Gesamtsituation für Mumia Abu-Jamal erklärte sein Anwalt Leonard Weinglass in einem Interview:

"Die internationale Öffentlichkeit muß sich immer das momentane gesellschaftliche Klima in den USA vor Augen halten. Auf der rechtlichen Ebene haben wir eine sehr gute Grundlage und können fundierte Beweise darlegen, so daß wir in normalen Zeiten vor Gericht gewinnen müßten. Aber im letzten Monat wurde z.B. im Bundesstaat Illinois ein Mann getötet, der die Unterstützung des Polizeichefs von Chicago, mehrerer Richter, Staatsanwälte, Kongreßabgeordneter und Priester hatte. Trotzdem wurde er hingerichtet. Vor zwei Jahren wurde im Bundesstaat Utah ein Mann hingerichtet, für den sogar der Papst persönlich interveniert hatte. Vor einem Jahr wurde ein Mann getötet, dessen Anwalt den entscheidenden Antrag einen Tag zu spät gestellt hatte. Es werden geistig behinderte Menschen und Minderjährige getötet. Das gesellschaftliche Klima ist extrem schlecht. Obwohl wir fundierte juristische Papiere haben und eigentlich gewinnen müßten, ist die Situation so, daß dies beim momentanen Stand nicht ausreichen wird."

Bezeichnend für dieses Klima sind auch folgende Tatsachen: Laut Jahresbericht 1994 von Amnesty International ist seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1977 in den USA ein rapider Anstieg der Hinrichtungen zu verzeichnen (in der großen Mehrzahl sind die Hingerichteten Schwarze), 1993 daßen rund 2750 Gefangene in Todeszellen ein, 38 Menschen wurden hingerichtet und über 40 im Polizeigewahrsam umgebracht; bei einer von der Polizei zu verantwortenden Eskalation im Laufe der Auseinandersetzung mit der Sekte der Davidianer in deren Siedlung Waco (Texas), bei der die Bundespolizei stundenlang CS-Gas in das von ihnen belagerte Gebäude der Sektenmitglieder pumpt, obwohl bekannt war, daß eine solche Menge des Gases tödlich wirkte, kamen bei einem Brand, der im nachhinein dem Sektenführer zugeschrieben wurde, 75 Sektenmitglieder ums Leben, darunter 25 Kinder. Im ehemaligen Südstaat Alabama werden sogar wieder "chain gangs" (an langen Ketten gefesselte Gefangenentrupps) öffentlich zu Arbeitseinsätzen geführt, damit man sich wieder an alte Law-&-Order-Zeiten gewöhnt. (Auch hier sind die Betroffenen überwiegend Schwarze.)

Im Falle Mumia Abu-Jamals wird erstmals seit dem Justizmord an dem Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg, die 1954 auf einem Höhepunkt des Kalten Krieges wegen angeblicher Atomspionage für die Sowjetunion

hingerichtet wurden, wieder ein Justizmord aus unmittelbar politischen Gründen geplant. Damals hatte das bereits 1952 gefällte Todesurteil weltweite Proteste ausgelöst, die ähnlich umfangreich waren wie die beim Justizmord an den anarchistischen Arbeitern Zacco und Vanzetti in den Zwanziger Jahren.

Proteste aus Europa ans Weiße Haus können bedeutsam sein. Die Initiative "Kampagne 'Mumia Abu-Jamal'" (Bremen: Fax 0421/353918, Wiesbaden: Fax 0611/302083, Berlin: Fax 030/7869984) sammelt zur Zeit Unterschriften für einen Leserbrief an verschiedene US-amerikanische Zeitschriften, Tageszeitungen, in dem die Todesstrafe als rassistisch und unmenschlich verurteilt und insbesondere für Mumia Abu-Jamal ein fairer Prozeß gefordert wird. In verschiedenen Städten hat es am 8. und 9. Juni Aktionen gegeben; von der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke wird eine Petition, Mumia Abu-Jamal in der BRD politisches Asyl zu gewähren, mit rund 200 Unterschriften beim Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht.

Adressaten für Proteste:

To Judge Albert Sabo
1286 Wanamaker
Philadelphia, PA 19107
(USA)

Fax: 001-215-563-1623
Oberster Gerichtshof von
Pennsylvania:

To Judge Alex Bonavita
516 City Hall
Philadelphia, PA 19107
(USA)

Fax: 001-215-567-7328

To Judge Legrome Davis
 Chair of PCRA Committee
 1408 One East Penn Square
 Philadelphia, PA 19107
 (USA)
 Fax: 001-215-686-2865
 Gouverneur:
 Governor of Pennsylvania
 Mr. Thomas Ridge
 Main Capitol Building,
 Room 225
 Harrisburg, PA 16652 (USA)
 Fax (neue Nummer):
 001-717-783-3369
 Anschrift von Mumia
 Abu-Jamal:
 Mumia Abu-Jamal
 No. AM-8335, SCI Greene

1040 East Roy Furman
 Highway
 Waynesburg, PA 15370
 (USA)
 Durchschrift bitte an unsere
 Redaktion oder direkt an:
 Kampagne "Mumia
 Abu-Jamal"
 c/o Archiv 92
 Postfach 150323, 28093
 Bremen
 Fax: 0421/353918
 Für Mumia Abu-Jamal set-
 zen sich folgende Initiativen
 ein, die auch weitere Infor-
 mationen geben können:
 Unterstützungskomitee Mu-
 mia Abu-Jamal, c/o Infola-
 den, Werderstr. 8, 65195

Wiesbaden, Tel.
 0611/440664 (dienstags und
 donnerstags 17-19 Uhr), Fax:
 0611/302083 (bitte
 kennzeichnen)
 Komitee "Right on", c/o Pa-
 piertiger, Cuvrystr. 25, 10999
 Berlin, Fax: ARI
 030/7869984
 Kampagne "Mumia Abu-Ja-
 mal", c/o Archiv 92, Postfach
 150323, 28093 Bremen, Tel.
 0421/354029, Fax:
 0421/353918. Diese gibt
 auch ein Bulletin "Freedom
 Now!" heraus, von dem bis
 zum 6.6.95 7 Nummern er-
 schienen sind. KD

Anzeigen

KÜCHE AUS 1001 NACHT GEMELPEI

KOKILLE



Original türkische
Küche

Bochum, Südring 24
 Tel. 66611
 geöffnet
 Montags bis Sonntags
 18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
 nachts

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHIEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
 Sonnen- und Windenergieauftrag für GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl Hermann Str. 14
 45701 Herften
 Telefon 0 23 66 - 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

Attatrol | Buchladen

45657 Recklinghausen Hermer Str. 16
 ☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
 Diese Menschen, und sie töten
 Nicht einander mehr aus Eifer
 Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
 Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
 Sondern Eigennutz und Selbstsucht
 Treibe sie jetzt zu Mord und Todschatz.
 Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18:30 & Sa 9.00-14.00

Wie kam Mumia Abu-Jamal in die Todeszelle?

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung 1981 war Mumia Abu-Jamal ein weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannter Journalist. Er war Präsident der Association of Black Journalists in Philadelphia. In den zehn Jahren von 1971 bis 1981 war er für seine Arbeit mehrfach mit Preisen und Ehrungen ausgezeichnet worden. Seine weithin beachteten und vor allem bei den Schwarzen in den USA beliebten Kommentare, Berichte, Interviews und Talk-Shows bei verschiedenen Radiosendern hatten ihm den Titel "Voice of the Voiceless" (Stimme derer, die keine Stimme haben) eingebracht, zugleich aber auch dem glühenden Haß der weißen Herrschaft gegen seine Person Nahrung gegeben.

Jamal war von seiner frühen Jugend an politisch aktiv und kämpfte gegen Rassismus. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern einer Ortsgruppe der Black Panther Party (BPP) in Philadelphia. 1970 arbeitete er bei der Zeitung seiner Partei, BLACK PANTHER, in Kalifornien, erlernte dort sein journalistisches Handwerk und war

schließlich der Informationsminister der BPP.

Im Laufe der 70er Jahre machte er sich durch seine scharfe Kritik am Philadelphia Police Department (= Polizeibehörde von Philadelphia) und an der Administration des Law-&Order-Bürgermeisters Rizzo einen Namen. Er griff vor allem den Rassismus bei Polizei und Stadtregierung gegenüber der schwarzen und hispanischen Bevölkerung an und war daher bald Zielscheibe ständiger Polizeiüberwachung, von Schikanen und einer von oben gesteuerten Medienhetze.

In der Nacht des 9.12.1981 wurde er Zeuge, wie sein Bruder in einer Polizeikontrolle angehalten und (auf ähnliche Weise wie später Rodney King von Beamten des Los Angeles Police Department) zusammengeschlagen wurde. Er wollte seinem Bruder zu Hilfe eilen. Am Ende lag Jamal mit einem Lungendurchschuß im Rinnstein und ein Polizist tot auf der Straße. Obwohl mehrere Augenzeugen aussagten, der Todeskütze sei davongerannt und obwohl nie eine Tatwaffe gefunden wurde, wurde Jamal noch in der

selben Nacht von der Polizeiführung von Philadelphia zum "Cop Killer" (= Polizistenmörder) erklärt, als ihr klar war, wer da in ihre Fänge geraten war. In einem zweitägigen Schauprozeß ein halbes Jahr später vor einer fast ausschließlich weißen Geschworenenjury wurde er von einem Richter, der früher Sheriff war, zum Tode verurteilt. Richter Albert Sabo steht in dem Ruf, mehr Menschen zum Tode verurteilt zu haben als sonst ein amtierender Richter in den USA.

Jamals Berufung gegen dieses Unrechtsurteil wurde 1989 vom Obersten Gerichtshof in Pennsylvania verworfen, und der unter der Reagan-Administration reaktionär ausgerichtete Oberste Gerichtshof in Washington weigerte sich wenig später, sich mit dem Fall zu befassen.

Der von dem Anwalt Leonard Weinglass gestellte Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird dann zugelassen, wenn vollständig neue Erkenntnisse vorgetragen werden können. Sollte es zum Verfahren kommen, hätte Jamal gute Chancen, seine Freilassung zu erreichen.

Auszug aus dem 10-Punkte-Programm der Black Panther Party von 1966

WAS WIR WOLLEN. WAS WIR GLAUBEN

1. *Wir wollen Freiheit. Wir wollen die Vollmacht haben, das Schicksal unseres schwarzen Volkes zu bestimmen. Wir glauben, daß wir Schwarzen nicht eher frei sein werden, als bis wir über unser Schicksal selbst bestimmen können.*
2. *Wir wollen Vollbeschäftigung für unser Volk. Wir glauben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dafür verantwortlich und dazu verpflichtet ist, jedem Menschen Arbeit oder ein gesichertes Einkommen zu verschaffen. Wir glauben, wenn die weißen amerikanischen Geschäftsleute uns keine Vollbeschäftigung gewähren, dann sollten ihre Produktionsmittel den Geschäftsleuten genommen und dem Volk übergeben werden, damit alle Angehörigen des Volkes organisiert und beschäftigt werden können und einen hohen Lebensstandard erreichen.*
3. *Wir wollen, daß unser schwarzes Volk nicht länger durch den weißen Mann ausgeraubt wird. Wir glauben, daß diese rassistische Regierung uns ausgeraubt hat, und wir fordern jetzt die überfällige Schuld von "vierzig Äckern und zwei Mauleseln" ein. Vierzig Äcker und zwei Maulesel sind uns vor hundert Jahren als Wiedergutmachung für Sklavenarbeit und Massenmord an Schwarzen versprochen worden. Wir nehmen dafür auch den Gegenwert in Geld an, das wir an unsere vielen Wohngemeinden verteilen werden. Die Deutschen helfen jetzt den Juden in Israel wegen des geschehenen Rassenmordes am jüdischen Volk. Die Deutschen haben sechs Millionen Juden ermordet. Die amerikanischen Rassisten haben sich an der Ermordung von über*
- fünfzig Millionen Schwarzen beteiligt; wir halten deshalb unsere Forderung für bescheiden.*
4. *Wir wollen anständige, menschenwürdige Wohnungen. Wir glauben, wenn die weißen Hausbesitzer unserem schwarzen Volk keine anständigen Wohnungen geben, dann sollten Häuser und Land in genossenschaftliches Eigentum verwandelt werden, damit unser Volk mit Hilfe der Regierung für seine Leute bauen und ihnen anständige Wohnungen schaffen kann.*
5. *Wir wollen für unser Volk eine Ausbildung, die das wahre Wesen der dekadenten amerikanischen Gesellschaft aufdeckt. Wir wollen eine Ausbildung, die uns unsere wahre Geschichte und unsere Stellung in der heutigen Gesellschaft verstehen lehrt. Wir glauben an ein Bildungswesen, das unserem Volk ein Verständnis seiner selbst vermittelt. Wenn ein Mensch nicht ein Verständnis seiner selbst sowie seiner Stellung in der Gesellschaft und in der Welt besitzt, dann hat er auch kaum Aussicht, irgend etwas anderes zu verstehen.*
6. *Wir wollen, daß alle schwarzen Männer vom Militärdienst befreit werden. Wir glauben, daß wir Schwarzen nicht gezwungen werden sollten, im Militärdienst zur Verteidigung einer rassistischen Regierung zu kämpfen, die uns nicht beschützt. Wir wollen nicht Angehörige anderer farbiger Völker in der Welt bekämpfen und töten, die wie wir Schwarzen von der weißen rassistischen Regierung Amerikas betrogen werden. Wir wollen uns gegen den Zwang und die Gewalt der rassistischen Polizei und des rassistischen Militärs schützen, welche Mittel auch immer dazu nötig sein mögen.*

7. Wir wollen die sofortige Beendigung der Polizei-Brutalität und der Morde an schwarzen Menschen.

Wir glauben, daß wir der Polizei-Brutalität in unseren schwarzen Wohngemeinden ein Ende setzen können, indem wir Gruppen von Schwarzen zur Selbstverteidigung organisieren, die sich der Aufgabe widmen, unsere schwarzen Gemeinden gegen rassistische Unterdrückung und Brutalität der Polizei zu verteidigen. Der zweite Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten gewährt das Recht, Waffen zu tragen. Darum glauben wir, daß sich alle Schwarzen zur Selbstverteidigung bewaffnen sollten.

8. Wir wollen die Freilassung aller Schwarzen, die in Bundes-, Staats-, Kreis- und Stadtgefängnissen oder -zuchthäusern inhaftiert sind.

Wir glauben, daß alle Schwarzen aus den vielen Zuchthäusern und Gefängnissen entlassen werden sollten, weil ihnen keine gerechte und unparteiische Gerichtsverhandlung gewährt wurde.

9. Wir wollen, daß alle Schwarzen bei Gerichtsverhandlungen von solchen Geschworenen beurteilt werden, die ihresgleichen sind oder aus ihren schwarzen Wohngemeinden stammen, wie es die Verfassung der Vereinigten Staaten vorsieht. Wir glauben, daß die Gerichtshöfe sich an die Verfassung der Vereinigten Staaten halten sollten, so daß den Schwarzen gerechte Verhandlungen gewährt werden. Der Vierzehnte Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten gibt jedem das Recht, von seinesgleichen beurteilt zu werden, das heißt von Menschen aus einer ähnlichen wirtschaftlichen, sozialen, religiösen, geographischen, milieumäßigen, geschichtlichen und rassischen Umgebung. Somit wird das Gericht genötigt sein, Geschworene aus dem schwarzen Gemeinwesen zu wählen, aus dem der schwarze Angeklagte stammt. Wir wurden und werden auch jetzt noch ausschließlich von weißen Geschworenen beurteilt, die kein Verständnis für den "durchschnittlich denkenden Mann" aus der schwarzen Wohngemeinde haben.

10. Wir wollen Land, Brot, Wohnungen, Bildung, Kleidung, Gerechtigkeit und Frieden; und als wichtigstes politisches Ziel eine von den Vereinigten Staaten durchgeführte Volksabstimmung in der gesamten schwarzen Kolonie, an der nur schwarze Staatsangehörige aus der Kolonie teilnehmen dürfen; diese Abstimmung soll über den Willen des schwarzen Volkes hinsichtlich seines nationalen Schicksals entscheiden.

... Wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: Alle Menschen sind gleich geschaffen und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt; dazu gehören Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Zu ihrer Sicherung sind unter den Menschen Regierungen eingesetzt, deren rechtmäßige Gewalt sich aus der Zustimmung der Regierten herleitet; wenn eine Regierungsform hinsichtlich dieser Ziele zerstörerisch wirkt, dann ist das Volk berechtigt, die Regierungsform zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen; es wird sie auf der Grundlage aufbauen und ihre Vollmachten in der Form organisieren, die seiner Ansicht nach am meisten geeignet ist, seine Sicherheit und sein Glück zu bewirken. Die Klugheit fordert, seit langem bestehende Regierungen nicht um geringer oder vorübergehender Ursachen willen zu ändern; dementsprechend hat alle Erfahrung gezeigt, daß die Menschen eher dazu neigen, zu leiden, solange die Übel erträglich sind, als sich durch die Abschaffung der gewohnten Formen ihr Recht zu verschaffen. Wenn aber eine lange Kette von Schmähungen und Rechtsbrüchen, die unveränderlich den gleichen Zweck verfolgen, die Absicht erweist, sie einer absoluten Gewaltherrschaft zu unterwerfen, dann haben die Menschen das Recht und die Pflicht, eine solche Regierung abzuschütteln und neue Vorkehrungen für ihre künftige Sicherheit zu treffen.

(Zitiert nach: Oliver Demmy, Die Wut des Panthers. Die Geschichte der Black Panther Party, Unrast Verlag, Münster 1994)

ai-Bericht über Deutschland

Maßnahmen zur Beendigung von Folter ergreifen !

Das folgende Dokument beinhaltet die (leicht gekürzten) Abschnitte "Einführung" und "empfohlene Maßnahmen" des ai-Berichtes vom Mai 1995 mit dem Titel "Ausländer als Opfer. Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland".

Einführung:

Zwischen Januar 1992 und März 1995 hat amnesty international Berichte über mehr als 70 Vorfälle erhalten, bei denen deutsche Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes gegen Menschen in unverhältnismäßiger oder ungerechtfertigter Weise Gewalt angewandt oder in ihrem Gewahrsam befindliche Personen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterzogen haben sollen. Medizinische Gutachten belegen, daß den Opfern Zähne ausgeschlagen worden sind, daß sie Distorsionen und Prellungen oder sogar Knochenbrüche davongetragen haben. Die diagnostizierten Verletzungen stimmten mit den Angaben der Opfer überein, die der Polizei exzessive Gewaltanwendung oder vorsätzliche Mißhandlungen in Form von Fausthieben, Fußtritten oder Schlägen vorwarfen. In mindestens zwei Fällen waren die erlittenen Verletzungen so schwerwiegend und die Beweise dafür, daß sie bewußt, wiederholt oder mit der Absicht, schwere Schmerzen zuzufügen, herbeigeführt worden sind, derart erdrückend, daß nach Auffassung von amnesty international in diesen Fällen von Mißhandlung, die der Folter gleichkommt, gesprochen werden kann. Mehrheitlich fanden die berichteten Mißhandlungen während der Festnahme statt, in einigen Fällen hingegen nach Angaben der mutmaßlichen Opfer auf dem Weg zu einer Polizeiwache oder auf der Wache selbst.

Bei den amnesty international zur Kenntnis gebrachten Fällen handelte es sich bei den Opfern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, um ausländische Staatsbürger und Angehörige ethnischer Minderheiten. Vielfach schienen die Mißhandlungen rassistisch motiviert gewesen zu sein. Mehr als die Hälfte der

Vorwürfe richtete sich gegen Beamte der Berliner Polizei. Obwohl in allen Fällen, von denen amnesty international Kenntnis erhalten hat, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind, führten diese oftmals nicht zur strafrechtlichen Verfolgung der beschuldigten Polizisten. Auch Disziplinarstrafen wurden, wenn überhaupt, nur vereinzelt verhängt. Keines der ausländischen oder einer ethnischen Minderheit angehörenden Opfer, deren Fälle im vorliegenden Bericht beschrieben werden, hat bisher für die erlittenen Verletzungen eine Entschädigung erhalten.

amnesty international hat gegenüber den deutschen Behörden zahlreiche Mißhandlungsvorwürfe zur Sprache gebracht und die Öffentlichkeit ausführlich über die Anliegen der Organisation unterrichtet. Einige der Opfer haben amnesty international jedoch ausdrücklich gebeten, ihre Fälle nicht mit den Behörden zu erörtern oder publik zu machen, weil sie - zu Recht oder Unrecht - hiervon Nachteile befürchten.

Die Übereinstimmung in den Aussagen und die Regelmäßigkeit, mit der der Organisation Berichte über Mißhandlungen zugegangen sind, haben sie zu dem Schluß geführt, daß Fälle von Mißhandlungen durch die Polizei **keine isolierten Einzelvorkommnisse** darstellen. vielmehr lassen die in den vergangenen drei Jahren gesammelten Informationen in Deutschland und insbesondere in Berlin ein deutliches Muster der Mißhandlungen von Ausländern und Angehörigen ethnischer Minderheiten durch die Polizei erkennen. Größtenteils haben sich die deutschen Behörden geweigert, die Existenz dieses Musters zur Kenntnis zu nehmen. Und sie haben es unterlassen, Verpflichtungen, die sich für sie aus internationalen Abkommen ergeben,

wirksam umzusetzen. So sind sie weder ihrer Verpflichtung nachgekommen sicherzustellen, daß die Rechte aller im Polizeigewahrsam befindlichen Personen respektiert werden, noch haben sie dafür Sorge getragen, daß sämtliche Vorwürfe über Mißhandlungen unverzüglich und unparteiisch untersucht, die Verantwortlichen vor Gericht und die Opfer entschädigt und rehabilitiert wurden. Des weiteren sind Maßnahmen unterblieben, um für die Zukunft Mißhandlungen zu verhindern.

Empfehlungen von amnesty international
amnesty international ruft die Regierungen in Bund und Ländern, insbesondere den Berliner Senat, eindringlich auf, unmißverständlich unter Beweis zu stellen, daß sie ihre Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsabkommen und anderen Menschenrechtsschutzinstrumenten ernstnehmen, indem sie wirksame Maßnahmen zur Beendigung von Folterungen und Mißhandlungen ergreifen. Die Umsetzung der im vorliegenden Bericht unterbreiteten Empfehlungen auf Bundesebene und Länderebene wäre ein solcher überzeugender Beweis.

Zusammenfassung der von amnesty international empfohlenen Maßnahmen

Statistische Erfassung von Beschwerden über Mißhandlungen durch die Polizei:

* Es sollte eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die regelmäßig in einheitlicher Form umfassende Statistiken über Mißhandlungsbeschwerden gegen Beamte der Polizeibehörden von Bund und Ländern erstellt und veröffentlicht. Dabei müssen folgende Daten erfaßt werden:

Anzahl der gegen Polizisten in einem bestimmten Zeitraum erhobenen Beschwerden; in Reaktion auf Mißhandlungsvorwürfe eingeleitete Maßnahmen; Ausgang etwaiger straf- oder disziplinarrechtlicher Ermittlungen.

Die Rechte von Häftlingen und die Verpflichtungen der Polizei gegenüber in ihrem Gewahrsam befindlichen Personen:

* Eine jede von der Polizei verhaftete Person sollte zum Zeitpunkt ihrer Festnahme in schriftlicher Form über ihre Rechte belehrt werden. Ein entsprechendes Formblatt sollte in verschiedenen Sprachen zur Verfügung

stehen. Um Sicherheit zu erzielen, daß der betreffende Häftling tatsächlich über seine Rechte unterrichtet worden ist, muß gewährleistet sein, daß er dies ausdrücklich bekundet und bestätigt.

* Das Recht von Häftlingen, in einer ihnen verständlichen Sprache über die Gründe für ihre Festnahme oder die Fortdauer ihrer Haft unterrichtet zu werden, ist unter allen Umständen zu wahren.

amnesty international

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Failed by the system: police ill-treatment of foreigners



Titelseite des neuen Deutschland-Berichts.

* Polizeibeamte sind angehalten, sich gemäß den Dienstvorschriften gegenüber Angehörigen der Öffentlichkeit auszuweisen.

* An die Polizeibehörden in Bund und Ländern ergeht der Aufruf, ernsthaft zu prüfen, ob nicht alle uniformierten Beamten verpflichtet werden sollten, eine Art persönliches Erkennungszeichen an der Uniform zu tragen, beispielsweise ihre Dienstnummer oder ihren Namen.

* Eine jede inhaftierte Person, die medizinische Betreuung benötigt, muß unverzüglich die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen können.

* Das Recht von Häftlingen, einen Verwandten oder eine Person ihres Vertrauens über die Festnahme zu informieren, ist zu respektieren.

* Es muß sichergestellt sein, daß ein jeder Häftling von seinem Recht, Beschwerde über seine Behandlung im Gewahrsam zu erstatten, Gebrauch machen kann.

* Über die Zeit, die eine festgenommene Person in der Haft verbringt, sollten eindeutige und umfassende Aufzeichnungen geführt werden. Diese müssen folgende Angaben enthalten: Zeit und Grund der Festnahme; etwaige am Häftling festzustellende Verletzungen; Bitten des Inhaftierten um medizinische Betreuung und daraufhin veranlaßte Maßnahmen; Ersuchen des Häftlings auf Kontaktaufnahme zu einem Verwandten oder einer Person seines Vertrauens wie etwa einem Rechtsanwalt und in Reaktion auf die Forderung eingeleitete Schritte; etwaige Beschwerden des Häftlings über seine Behandlung und daraufhin getroffene Maßnahmen; Nennung des Zeitpunktes, zu dem der Häftling über seine Rechte unterrichtet worden ist. Die Rechtsanwälte festgenommener Personen müssen uneingeschränkt Einblick in die Haftaufzeichnungen nehmen können.

Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Vorwürfen über Mißhandlungen durch die Polizei:

* Sämtliche den Polizeibehörden zur Kenntnis gebrachten Vorwürfe über polizeiliche Mißhandlungen müssen unverzüglich an die Staatsanwaltschaften weitergeleitet werden.

* Die Staatsanwaltschaften sollten es automatisch als ihre Pflicht ansehen, persönlich die Befragung der Opfer, der tatverdächtigen Polizeibeamten und der sonstigen Zeugen vorzunehmen sowie gegebenenfalls selbst den Tatort zu besichtigen.

* Sämtliche Vorwürfe über polizeiliche Mißhandlungen müssen von den Staatsanwaltschaften unverzüglich, unparteiisch und umfassend untersucht werden.

Führen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Vorwürfe des Beschwerdeführers als glaubwürdig gelten müssen, so sollte es den Gerichten überlassen bleiben, etwaige noch vorhandene Widersprüche aufzuklären.

* Es ist Aufgabe und Pflicht der deutschen Behörden, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Personen, die gegen die Polizei Klage wegen Mißhandlung führen, vor Einschüchterungsversuchen geschützt sind. Die Staatsanwaltschaften beispielsweise sind aufgerufen, Anzeigen der Polizei wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mit äußerster Sorgfalt zu prüfen, insbesondere

dann, wenn sie erst erstattet werden, nachdem gegen die Polizei Klage wegen Mißhandlung geführt worden ist.

Aufgaben und Verantwortung der Polizei:

* Die Behörden in Bund und Ländern sind aufgerufen, eine Überprüfung der jeweils geltenden Dienstvorschriften und Ausbildungspraktiken zu veranlassen, um zu gewährleisten, daß diese mit den Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Einsatz von Schußwaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen wie auch mit dem Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnis in Einklang stehen.

* Sämtliche Beschwerden über polizeiliche Mißhandlungen an Häftlingen, für die ein Anfangsverdacht vorliegt, müssen in einem unparteiischen und effektiven disziplinarischen Ermittlungsverfahren überprüft werden. Im Zusammenhang mit der Behandlung von Häftlingen des Verstoßes gegen gesetzliche Regelungen, Dienstvorschriften oder polizeiinterne Weisungen für schuldig befundene Beamte sind disziplinarisch zu bestrafen.

* Polizei- und Vollstreckungsbeamte, gegen die mehrfach Mißhandlungsvorwürfe geltend gemacht werden, sollten bis zur Klärung des Sachverhaltes mit Aufgaben betraut werden, bei denen sie keine direkte Zuständigkeit für die Festnahme, Bewachung oder Vernehmung von Häftlingen besitzen, ohne daß damit eine Stellungnahme hinsichtlich des schwebenden Verfahrens verbunden wäre. Der Folter oder Mißhandlung angeklagte Beamte sollten unverzüglich und automatisch bis zum Abschluß des Gerichtsverfahrens solcher Dienstpflichten entbunden werden.

* Es muß eine Überprüfung der für die Ausbildung der Polizei geltenden Richtlinien und Programme vorgenommen werden, um sicherzustellen, daß eine angemessene und ausdrückliche Unterrichtung über internationale Normen und Standards zum Schutz der Menschenrechte stattfindet. Insbesondere ist nachdrücklich zur Beachtung des Verbots der Folter und Mißhandlung anzuleiten, das ohne Unterschied der Rasse oder Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität oder gesellschaftlichen Herkunft immer und überall Gültigkeit besitzt.

8. MAI

BLICK ZURÜCK IM ZORN

Der Alltag hat uns wieder - nach Hunderten von staatsoffiziellen "Gedenk"feiern zum 8. Mai 1995 ist in Deutschland wieder "Normalität" eingeleitet.

Die Wochen vor und nach dem 8. Mai waren geprägt von einem gigantischen staatlichen Aufwand an Veranstaltungen, deren zentrales Anliegen mehr oder weniger überall gleich war: Die Botschaft an das In- und Ausland: Deutschland ist jetzt ein "demokratisches" Land, "wir" haben aus der Geschichte gelernt.

Das "Wir" stand im Mittelpunkt der Reden, wobei es selbstverständlich unterschiedliche Varianten des "Erinnerns" gab: Die "Gelernt haben"-Variante, die (immer noch gängigste) "Nie Vergessen"-Variante, die (staatsmännische) "In-die-Zukunft-Blicken"-Variante.

Ergebnis der Übung: Das heutige Deutschland ist von seiner Vergangenheit "entsorgt", vor zukünftigen "Fehlern" solcher Art gefeit.

Der Alltag hat uns wieder - nun kann man (noch unbesorgter) zu den Tagesaufgaben übergehen, als da wären:

* endlich das direkte militärische Eingreifen der deutschen Luftwaffe im ehemaligen Jugoslawien unter Dach und Fach zu bringen,

* endlich als Atomwaffenmacht im Konzert der Mächtigen eine hegemoniale Rolle zu spielen - Plutonium-Deal der Geheimdiplomatie und "Forschungs"reaktor Garching II machen's möglich,

* der Atomindustrie (erneut) zum Durchbruch zu verhelfen - eine neue Generation Atomkraftwerke muß her

* den Konzernen im Lande bessere Kapitalverwertungsbedingungen schaffen - der Sozialabbau muß zügig durchgesetzt werden

* die politischen Rahmenbedingungen dazu schleunigst verbessern - die Gewerkschaften müssen von 'Kampf-Organisationen' der Arbeiter (was sie eh seit langem nicht mehr sind) in "Konsensfindungen" - Komitees umgewandelt werden und

* radikaldemokratischer Widerstand muß weiter zurückgedrängt werden - nach ein paar (de facto nicht umgesetzten) Verboten von kleineren neofaschistischen Organisationen (die größten wie REPs, NPD, DVU bleiben selbstverständlich unangetastet) geht es jetzt darum, linke und antifaschistische Kräfte (noch mehr als bisher) zu kriminalisieren. Ein deutlicher Hinweis bei festlichen Anlässen zur 50jährigen Wiederkehr der Tage der KZ-Öffnungen: Antifaschisten, die auch das Schlachten des Kalbes, das gegessen werden soll, im Blick haben, waren dort ausgeschlossen - dafür sorgte eine ganz große Koalition bis hin zur ehemals offiziellen "DDR-Antifa".

Und das "Schöne" daran ist: all diese Dinge geschehen jetzt sozusagen "geschichtslos", haben mit dem 8. Mai 1945 nichts und mit dem 30.1.1933 schon gar nichts zu tun.

Blick zurück "im Zorn" ? Ja, durchaus, vor allem wegen der

Unverschämtheit, mit der Kanzler Kohl dafür sorgte, daß die 'modernen' Faschisten vom Schlage Zitelmann, von Stahl und Dregger die öffentliche Diskussion nach ihren Wünschen lenkten ("Befreiung" oder "Niederlage") - Kohl gab das Motto aus: "Niemandem darf vorgeschrieben werden, woran er sich erinnert".

In diesem unscheinbaren Sätzchen waren alle Wünsche der heutigen Faschisten abgedeckt: Zum einen wurde ihrem Geheul Rechnung getragen, daß sie ja eigentlich die Opfer sind, denen das Recht entzogen wurde, ihre Meinung (z.B. daß es nie Judenvergasungen gegeben habe) frei zu äußern, zum anderen war darin die Gleichstellung "faschistische Verbrechen" = "Vertreibungsverbrechen" implizit enthalten und zum dritten wurde denen das Wort geredet, die sich (selbstverständlich) ausschließlich an das ihnen angetane Unrecht (Vertreibung, Enteignung) und an tapferes deutsches Soldatentum erinnern wollten.

Zorn ist noch zu wenig angesichts der Tatsache, daß ja in dieser unserer Gesellschaft die tatsächlichen Steigbügelhalter des Faschismus nach wie vor die eigentliche Macht darstellen - oder gibt es etwa keinen VW-Konzern, keine BASF und keinen Daimler-Benz-Konzernmehr ?

Stephan W. Born (AFB Recklinghausen)

STADT HERNE "SIEHT TUBERKULOSE-FÄLLE MIT GELASSENHEIT"



Das Flüchtlingsheim an der Forellstraße

Im Flüchtlingsheim an der Forellstraße in Herne sind in den vergangenen Wochen drei Fälle von Tuberkulose aufgetreten, die aber nach Einschätzung des städtischen Gesundheitsamtes "keinen Anlaß zur Sorge" darstellten. Kein "Anlaß zur Sorge"?

Offensichtlich ist die einzige "Sorge" des städtischen Gesundheitsamtes, deutsche BürgerInnen könnten sich Sorgen machen, daß sich die Krankheit ausbreiten könnte. Die Flüchtlinge selber, insbesondere die Erkrankten, sind gar nicht erst Thema der Überlegungen.

Und Amtsärztin Dr. Heike Hill betont umgehend, daß der "Ausbruch der Mangelerkrankung auf keinen Fall mit der Qualität der Verpflegung in dem Asylbewerberwohnheim in Zusammenhang zu bringen" sei.

Woher weiß sie das denn so schnell?

Antwort: Nach Einschätzung der Amtsärztin "könnten die drei Asylbewerber sich bereits in ihrer Heimat infiziert haben."

Die Amtsärztin entlarvt sich selber und ihre durchsichtigen Motive, wenn sie (treue Dienerin des "Amtes" der Stadt) behauptet: "Die Versorgungslage ist hier für die Asylbewerber erheblich besser als in ihren Heimatländern."

Dieses "Argument" wurde seitens der Stadt schon des öfteren verwendet und wird dadurch nur immer ekelhafter: Selbstverständlich geht es den meisten AsylbewerberInnen "in ihren Heimatländern" schlechter als in Deutschland, aber das kann ja nicht als Rechtfertigung dienen, sie hier möglichst genau so schlecht zu behandeln (vielleicht eine Spur besser, damit man obiges "Argu-

ment" weiter verwenden kann).

Außerdem: Diejenigen, die nach Deutschland fliehen, gehören in ihren Heimatländern ohne Ausnahme zur Masse der Ausgebeuteten - der (versteckte) Vorwurf, sie sollten sich doch gefälligst

an ihre eigene Nase fassen, ist mehr als zynisch.

Nicht zu leugnen ist allerdings auch für die Amtsärztin, daß Tuberkulose eine "Mangel"krankheit ist und daß "in Herne jährlich durchschnittlich 40-45 Fälle von Tuberkulose bekannt" werden - "sechs bis zehn davon betreffen Ausländer, meist Asylbewerber".

Und die übrigen - sind deutsche BürgerInnen, die ähnlich in Armut, Wohnungslosigkeit und Elend leben wie Asylbewerber.

Da schließt sich der Kreis wieder. Aus den Zahlenangaben kann eigentlich nur geschlossen werden, daß neben den 300 AsylbewerberInnen in Herne mindestens 2000 deutsche BürgerInnen "unter Mangelernährung" leiden!

**Antifaschistischer Bund
(AFB) Wanne-Eickel**

BAYRISCHE POLIZEI ZENSIERT TATSACHEN

Am 30. April 1995 haben Polizeibeamte in Dachau die Zeitschrift von DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V.), TATSACHEN, beschlagnahmt. Anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau wollten Mitglieder von DIDF aus München auf dem Gehweg vor der KZ-Gedenkstätte die Nummer 21 der TATSACHEN verkaufen. Zwei Polizeibeamte in Zivil kamen und wollten feststellen, ob TATSACHEN legal sei. Als sie feststellten, daß die Zeitung presserechtlich ordentlich ausgewiesen war, wollten sie von unseren Mitgliedern wissen, ob DIDF legal sei. Sie suchten offensichtlich nach einem "Grund", um die Zeitschrift zu beschlagnahmen. Nachdem sie ein Exemplar mehrmals durchgeblättert und verschiedene Artikel angelesen hatten, fiel ihnen plötzlich die Titelseite auf: die Wiedergabe eines 1957 in der DDR hergestellten und inzwischen in Büchern auch in der BRD veröffentlichten Plakates gegen Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg, bei dem allerdings aus aktuellem Anlaß (50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Europa) das Datum "1. Mai" in "8. Mai" umgeändert wurde.

Wer hat die Beschlagnahme veranlaßt? Handelte es sich um den Alleingang zweier übereifriger Polizeibeamter? Oder will der Freistaat Bayern eine weitere Gruppe von ausländischen Menschen für kriminell erklären, um sie so für eine Abschiebung zu präparieren? Mit anderen Worten: Steckt der bayrische Innenminister Beckstein dahinter? Oder hat der

türkische Geheimdienst MIT seine Finger im Spiel? Oder fühlten sich irgendwelche Herrschaften durch die Anwesenheit von ausländischen Menschen, die zum deutschen Faschismus auch eine Meinung haben, in ihrer Gedenkstunde gestört?

Wir wissen es nicht.

Wir machen uns allerdings unsere Gedanken, was damit bezweckt sein mag:

1. Festzustellen ist, daß in letzter Zeit systematisch versucht wird, ausländische Menschen als Kriminelle in Erscheinung treten zu lassen. Insbesondere konzentriert man sich dabei auf Kräfte, die den gemeinsamen Kampf von Menschen aller Nationalitäten - egal ob deutsch oder türkisch oder kurdisch usw. - gegen jede Art von Unterdrückung, gegen Faschismus, Rassismus und Militarismus unterstützen. Besonders der kurdische Freiheitskampf gegen den NATO-Partner Republik Türkei wird dabei schrittweise für kriminell erklärt.

2. Speziell der Inhalt unserer Zeitschrift scheint dabei einigen Reaktionären ein Dorn im Auge zu sein, wird hier doch der Vergangenheitsbewältigung, wie sie hierzulande üblich ist und in dem Scheingefecht zwischen denen, die den Aufruf "Gegen das Vergessen" propagieren, und denjenigen, die sich öffentlich dafür schämen, einen typischen Ausdruck findet, ein Spiegel vorgehalten. Wird doch unter anderem darauf verwiesen, daß der Reichtum Deutschlands sich auch der Tatsache verdankt, daß die BRD unter dem Schirm des Kalten Krieges sich an Reparationen für die den überfallenen Völkern Osteuropas zugefügten Schäden bis zum Zusammenbruch der

Sowjetunion vorbeigedrückt hat. Doch diese Feststellung gilt nicht nur für diese Ausgabe, sondern überhaupt für den Inhalt unserer Zeitschrift, insbesondere die Propagierung des gemeinsamen Kampfes um eine friedliches Zusammenleben aller Werktätigen in Deutschland, die im wesentlichen die gleichen Interessen und gleiche Probleme haben.

Versuche wie dieser Angriff auf die Pressefreiheit werden uns nicht davon abhalten, zusammen mit den deutschen Arbeitern und Werktätigen den Kampf gegen Faschismus, Rassismus, Militarismus und imperialistischen Krieg fortzusetzen. Wir verurteilen die Beschlagnahme der TATSACHEN und fordern die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Exemplare und die Einstellung eines möglicherweise begonnenen Verfahrens.

Jeder Angriff auf demokratische Rechte ist in den letzten Jahren mit einem Angriff auf Nichtdeutsche, die solche Rechte wahrgenommen haben, begonnen worden und danach auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt worden. Daher sind alle Menschen, die eine demokratische Überzeugung haben, aufgerufen, zu protestieren und sich mit uns solidarisch zu erklären.

Richten Sie bitte Ihre Protestbekundung an den bayrischen Innenminister Kurt Beckstein (Fax-Nr. 089/21922100) und den bayrischen Justizminister Hermann Leep (Fax-Nr. 089/55973580). Für eine Kopie wären wir dankbar (unsere Fax-Nr.: 0203/553804)

DIDF-Bundesvorstand
i.A. Husein Avgan
(Generalsekretär)

SCHAM

"Ich kämpfe mit der Feder, sie wollen mich mit dem Schwert erschlagen. Ich sage, was ich denke, sie wollen mich töten. Niemals werde ich mich von ihnen einschüchtern lassen, niemals Kompromisse schließen mit einer Regierung, die den Islam als Staatsreligion zuläßt. Es herrscht Krieg zwischen den progressiven Kräften und den Islamisten."

Im Vorwort von "Scham" sagt Taslima Nasrin, daß sie sich dieses Buch in nur sieben Tagen vom Leibe geschrieben hat. Der zeitliche Rahmen der Romanhandlung erstreckt sich über dreizehn Dezembertage des Jahres 1992. Die Erzählung handelt vom Schicksal einer vierköpfigen hinduistischen Familie, die in Dhaka lebt und in einen verhängnisvollen Strudel von Ereignissen gerissen wird. Am 6. Dezember 1992 stürmten aufgebrachte Hindus in der indischen Stadt Ayodhya die Moschee Babri Masjid im Anschluß an eine Kundgebung, bei der mehrere hunderttausend Menschen zugegen waren, und machten das Gebäude dem Erdboden gleich.

Zum Hintergrund dieses Vorfalles ist es wichtig zu wissen, daß diese 1528 erbaute Moschee auf geheiligtem Boden der Hindus stand; dort wurde nach ihrer Überzeugung der Gott Rama geboren, die siebte Inkarnation des Welterhalters Vishnu: Dort hatte sich im 11. Jahrhundert ein Heiligtum befunden, das wie 3000 andere hinduistische Tempel im Zuge der moslemischen Eroberung zerstört und aus dessen Bruchstücken die besagte Moschee errichtet worden war. Die zu Ehren des Moghul-Herrschers Baber errichtete Babri Masjid (= Baber-Moschee) war als ein Symbol der Fremdherrschaft zugleich ein für die Hindus demütigendes Dokument für die Unterwerfung ihres Glaubens unter den Islam.

Dem Sturm auf die Babri Masjid folgte eine Welle gewaltsamer Ausschreitungen, die bald ganz Indien (nicht nur die Indische Union, sondern auch Bangladesch und Pakistan) erfaßt und den Subkontinent in einen Bürgerkrieg zu stürzen droht: Moslems zündeten Häuser und Geschäfte von Hindus an und massakrierten deren Bewohner und Inhaber und anderes mehr. Die Zahl der Toten belief sich auf insgesamt 4000 bis 5000. Dies griff bald auch aufs Ausland über wie z.B. auf England.

Nasrin sieht die spontanen Wutausbrüche nicht als Reaktion auf die Zerstörung einer Moschee in Indien, sondern als Folge einer langfristig geplanten Politik fanatischer Moslems inner- und außerhalb der Regierung von Bangladesch, die aus dem Land einen religiösen totalitären Staat machen wollen. Sie führt die diskriminierenden Maßnahmen im Erziehungswesen, im öffentlichen Dienst und im Geschäftsleben an, die aus den Hindus im Laufe der Jahre Bürger zweiter Klasse gemacht haben. Die Autorin ist mit ihrem Buch in eine offene Wunde der Fundamentalisten gestoßen.

Drei Monate nach den Unruhen erschien das Buch in Bangladesch. Es wurde trotz des bald erlassenen Verbotes und einer hohen Analphabetenrate sofort ein Bestseller.

Die Familie Dutta erleidet das Schicksal hunderttausender anderer Familien in Bangladesch: eskalierende Terrorisierung. In quälender Genauigkeit werden die einzelnen Stadien der sich steigernden Pogromwellen aufgeführt. Sie sind von Anbeginn an eher Behandelte als Handelnde und bleiben Objekt, sind nie Subjekt, um ihrem Opferstatus zu enttrinnen. Die konversionswillige Maya wird vergewaltigt und umgebracht, und zwar von den Leuten, deren Religion sie annehmen wollte. Die Mutter, aufopferungsvoll zwar, sucht Zuflucht bei Götterbildnissen, die ihr indessen nicht helfen können. Die beiden Männer sind zunächst Hoffnungsträger; sie entwickeln Perspektiven für eine bessere Welt und versuchen zu handeln. Doch auch sie geraten in die Fänge dieser Verschwörung, die sie zu Opfern macht: Der gelähmte Alte muß dem Wüten des Mobs hilflos zuschauen und verfällt in der Folge zunehmend in Starrsinn. Suranjan nimmt mit fortlaufender Handlung immer mehr die Züge seiner Verfolger und Peiniger an. Am Unabhängigkeitstag Bangladeschs - es ist der elfte Tag im Roman - fährt er in die Stadt, gabelt sich

eine Prostituierte auf (sie ist moslemisch), nimmt sie mit zu sich nach Hause, mißhandelt sie dort und vergewaltigt sie dann. Am nächsten Tag zerreißt er alle seine Bücher - Galilei, Newton, Einstein, Tolstoi, Gorki, Marx und Lenin - und zündet sie an. Die Verwandlung zum Ebenbild der Pogromisten ist abgeschlossen.

Die Verhältnisse in Indien und in Bangladesch sind zudem so unterschiedlich beschaffen, daß sie nicht unter den Begriff "Fundamentalismus" unterzuordnen und mit dem, was man als Humanismus begreift, zu bekämpfen sind. Denn während die Hindus in Bangladesch die Gleichbehandlung mit der moslemischen Mehrheit verlangen, fordern die Moslems in Indien die Errichtung eines Gottesstaates in Kashmir; was geschieht dann aber mit den 40 % Hindus in Kashmir unter der Scharia, von den Atheisten einmal ganz abgesehen?

Der Vorbeter der Baitul-Mukram-Moschee in Dhaka schob dem Mordbefehl gegen Taslima Nasrin eine aufschlußreiche Begründung hinterher. Er sei erlassen worden, weil sie "den Islam denunziert" habe; die Strafe hierfür sei der Tod durch den Strang auf einem öffentlichen Platz. Statt des Wortes "denunziert" wäre das Wort "bloßgestellt" zutreffender. Rechtsanwalt Nazmal Huq forderte das Verbot des Buches, weil es die Frauen dazu aufstachele, gegen die Männer zu rebellieren.

Im Roman ist der Koran und das Wirken des Propheten nie Gegenstand der Erörterung; im Mittelpunkt steht vielmehr die Auswirkung der Religion in einem konkreten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Die Autorin, die sich durch Mut, Klarheit und Geradlinigkeit auszeichnet, hat dieses Buch als praktischen Beitrag im Kampf gegen den Marsch ihres Landes ins Mittelalter verfaßt.

Aus diesem Grund soll sie umgebracht werden; aus diesem Grund betreibt man im Westen gegen sie eine geschickt lancierte Demontage und hält sie, wie ihren unglücklichen Vorgänger, Salman Rushdie, unter Verschuß.

Sebahat (Nürnberg)

(Aus: *inisiyatif* Nr. 7, März 1995)

ANZEIGEN

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

BALANCE

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

RUNDBRIEF 2/95

Frauenrechtsarbeit - Menschenrechtsarbeit ♦
Vergewaltigung in der Ehe ♦ Kurdistan ♦
Frauen in Papua Neuguinea ♦ Netzwerk Genitalverstümmelung ♦ Frauenhandel aus Thailand ♦ Kindschaftsrecht versus Sorgerecht ♦

TERRE DES FEMMES



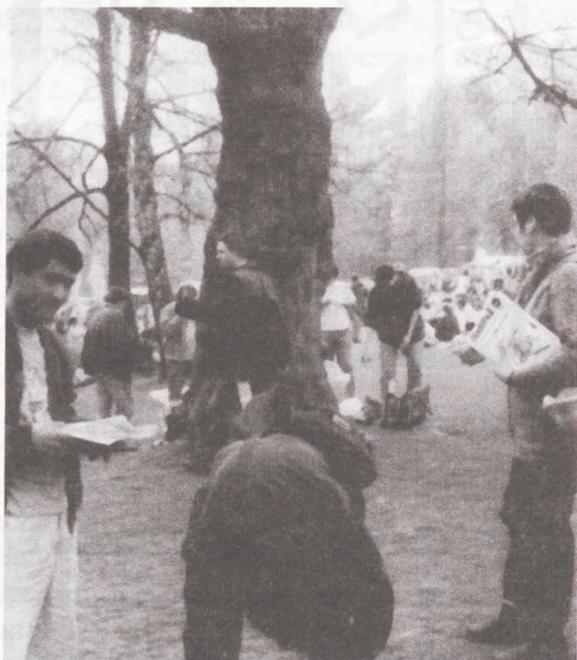
ISSN 0940-0373

TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, 72015 Tübingen
Telefon 0 70 71/2 42 89

BRIEF EINES FREUNDES

Ich grüße alle Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Ich bin Kurde. Kurdistan ist ein besetztes und zwischen vier Staaten aufgeteiltes Land. Die KurdInnen sind gezwungen zu sagen: Ich bin Kurde aus der Türkei, oder ich komme aus Irak-Kurdi-



Zulfi am 1. Mai in Recklinghausen

stan oder aus Syrisch-Kurdistan oder aus Iran-Kurdistan. Das kurdische Volk wurde und wird von diesen Besatzungsmächten auf unmenschliche Art unterdrückt. Den Kurden ist sogar verboten zu sagen: "Ich bin Kurde". Die Kurden werden auf offener Straße erschossen, ihre Dörfer werden bombardiert, dadurch kommen Tausende ums Leben, und der Rest an Überlebenden wird zur Assimilation in den Westen der Türkei abgeschoben. Wer sich dagegen wehrt, verschwindet und wird nie wieder gesehen. Gegen die türkischen Kampfbomber, Hubschrauber und G3-Gewehre leisten viele demokratisch und antifaschistisch gesinnte Menschen seit je einen nicht unterdrückbaren demokratischen Widerstandskampf. Das Ziel aller kurdischen demokratischen Menschen ist die Anerkennung des kurdischen Volkes, seiner kulturellen Freiheiten und die Ermöglichung sämtlicher demokratischer Rechte. Jeder, der für diese, für fast alle anderen Völker selbstverständlichen, Werte kämpft, wird in der

Türkei als ein Krimineller und Republikfeind betrachtet. Diese Menschen erwarten entweder ein spurloses Verschwinden, jahrelange Haftstrafen oder gar das Todesurteil. Die Türkei und ihre Freunde konnten jedoch niemals die Identität des kurdischen Volkes leugnen. Ich habe für meine Identität, für meine demokratischen Rechte und für die Befreiung meines Volkes demokratisch gekämpft, deswegen wurde mir das Leben in der Türkei unmöglich gemacht. So bin ich in die BRD eingereist und habe hier um politisches Asyl gebeten. Mein Asylantrag wurde in 1. Instanz abgelehnt, in 2. Instanz jedoch angenommen, und mir wurde ein vorläufiges Bleiberecht eingeräumt. Ich freue mich, daß ich in der BRD solche Gruppen wie den Antifaschistischen Bund oder den Flüchtlingsrat gefunden habe, die mich unterstützen und mir Solidarität zeigen.

**ES LEBE DIE FREIHEIT, FREUND-
SCHAFT UND SOLIDARITÄT DER VÖL-
KER!**

Recklinghausen, 26. Juni 1995

Zulfikar Ulurak

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

28mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoblätter bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zölpicher Str.7
Postfach 280226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief

.....

.....

.....

Anschreiben u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zölpicher Str.7,
50674 Köln

DEMONSTRATION IN LANGENFELD

Keine neofaschistische Propaganda

Thorsten Lemmer, ehemals Manager der Nazi-Skinband **Störkraft** und bis Anfang 1993 stellvertretender Vorsitzender und Fraktionsgeschäftsführer der rechtsextremen **Freien Wählergemeinschaft (FWG)** im Düsseldorfer Stadtrat, hat sich vor ein- einhalb Jahren mit der von ihm gegründeten **Creative-Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH** im benachbarten **Langenfeld** eingenistet. Seine Geschäftsstelle in Düsseldorf mußte aufgrund antifaschistischer Aktivitäten aufgegeben werden, und nun versucht er, Kontakte im rechten Netzwerk neu zu knüpfen.

Über seinen Verlag gibt Lemmer unter anderem das mittlerweile monatlich erscheinende Nazi-Skin-Fanzine **Moderne Zeiten (MZ)** heraus, in dem er Musikproduktionen zum Verkauf anbietet. Der Verfassungsschutz bezeichnet das **MZ** als eine "professionell produzierte Folgepublikation" der ehemaligen **Frontal** aus dem Umfeld der zwischenzeitlich verbotenen **Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP)**.

Das Ziel der **MZ** besteht darin, eine neue Weltordnung aufzubauen und zu versuchen, über die Subkultur der Nazi-Skins und deren Musik

faschistische Inhalte unter die Jugendlichen zu bringen. Ebenfalls in den Langenfelder Geschäftsräumen befindet sich der ehemalige Vorsitzende der **FWG**, **Kurt Winter**, mit seiner **Lebenskunde Verlag und Vertrieb GmbH**, dem **Verlag Mehr Wissen**, dem **Wissen und Leben Versand** und dem **Mehr Wissen Buch-Dienst**. Er bezeichnet sich selbst als "Nationalverleger" und verlegt Autoren wie den früheren **NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden**, den Geschichtsrevisionistenn und als Generalmajor an der Niederschlagung des Widerstandes vom 20. Juli 1944 Beteiligten **Otto Ernst Remer** sowie **Rolf Carsjens**, der beispielsweise die Auffassung vertritt, daß das deutsche Reich zum Angriff auf Polen provoziert worden sei. Unter dem Motto "Moderne Zeiten für den Volksempfänger ?! - Keine rechte Propaganda aus Langenfeld" rief das Aktionsbündnis 'Moderne Zeiten - Schlechte Zeiten' zu einer Demonstration am 3. Juni auf, um Lemmer und Winter zu zeigen, daß "auch in Langenfeld ihr rechtsextrems Treiben nicht hingenommen wird".

Darüber hinaus riefen zu der Demonstration und Kundgebung auf: Bündnis 90/Die

Grünen, die Bürgergemeinschaft Langenfeld (B/G/L), die ÖTV-Vertrauensleuleitung der Landeslinik und verschiedene antifaschistische Initiativen.

Die verschiedenen Redner und Rednerinnen, unter ihnen der Vorsitzende der Grünen und der Vertreter der ÖTV, warnten vor neofaschistischen Umtrieben, wobei der Letztgenannte vor allem die Verantwortung der herrschenden Politik ansprach, die zum einen mit Asylrechtsänderung, Abschiebep Praxis und ähnlichen Maßnahmen den Neonazis in die Hände arbeitet und zum anderen rechtsextreme Aktivitäten verharmlost.

Die mit rund 200 Demonstrierenden für Langenfelder Verhältnisse relativ gut besuchte Veranstaltung läßt hoffen, daß der Boden für das neofaschistische Duo Lemmer/Winter bald zu heiß werden könnte. Eine einmalige Demonstration reicht dafür allerdings bei weitem nicht aus. Deshalb ist es notwendig, darauf hinzuwirken, diese braune Brut mit weiteren Aktionen vielfältigster Art aus der Stadt zu vertreiben.

Frank Böhm

(aus: SoZ Nr. 12 vom 15.6.1995)

EKELHAFTE MACHT

**Eine Pistole hielt er in Händen,
einmal fühlte er die Macht,
Leben zu geben oder zu nehmen...
Die Uniform schenkte ihm seine Identität,
eine, die er immer wollte,
doch nie bekam...
Sein Kopf wurde mit dem Mythos
einer heiligen Mission verseucht,
die Führer pflanzten einen Baum
in seinen Geist,
aus dem mal ein Herrenmensch
gedeihen und blühen sollte...
Die tödliche Pflanze wuchs,
ihre Wurzeln schlugen in alle
Orte seines Daseins aus und
erstickten alles Gute in ihm...
Eines Morgens wurde ihm ein
Gefangener gebracht,
erst zwanzig und winselnd vor Todesangst,
kniete er vor dem Herrenmenschen,
der konnte die mit Panik erfüllten
Augen des jungen Mannes nicht sehen, denn
man hatte ihm zuvor die Augen verbunden...
Schaum trat aus dem Mund des Gepeinigten,
wie ein Kind weinte er und bat um Gnade.
Der Herrenmensch jedoch nahm erregt seine
Männlichkeit in die Hand und schoß,
ein Kopf explodierte,
das harte Zusammenklappen eines Körpers...
Das Gesicht des Mörders in Uniform
war rot vor Blut,
mit der Zunge leckte er es ab,
seine dämonischen Augen,
besaßen keine Farbe -
sie waren weiß,
wie der junge Tote...**

Aleksandar Gjok Berisha